

Erwerbslosen- und Wohnungsfragen im Reichstag.

Auch die Kommunisten stimmen für das Anpappschaffs-Kompromiß.

Es erfolgt zunächst die Beratung eines Gesetzentwurfes über eine Erhebung in der Erwerbslosenfürsorge. Abg. Hübner (Komm.) wendet sich gegen die Vorlage, weil sie die Vorbereitung für die beachtliche Stellung der Erwerbslosen nach Lohnlassen bedeute. Die Stellung solle aber wieder nichts anderes als den Abbau der Unterstützungsmasse.

Abg. Dittmann (Soz.)

weist darauf hin, daß die letzte Regelung der Erwerbslosenfürsorge vom Februar d. J. nur eine ganz geringe Erhöhung der Unterhaltungen gebracht hat, alle sozialdemokratischen Anträge sind damals von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden. Die Sozialdemokratie muß verlangen, daß endlich eine weitere Erhöhung der Unterhaltungen der Erwerbslosen und auch der Kurzarbeiter erfolgt. Je länger die Erwerbslosigkeit andauert, um so schlimmer wird die Not der Millionen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Die Regierung ist aber weit davon entfernt, die Frage der Verbesserung der Unterhaltungen aufzurollen. Wir haben bisher erreicht, daß die Zwischenlösung bis zum 2. Juli verlängert worden ist und wir fragen jetzt die Regierung, ob sie noch vor den Sommerferien des Reichstags die jetzigen Unterhaltungsätze sichern will. Es ist unmöglich, daß der Reichstag auseinandergeht, ohne daß diese Frage erledigt wird.

Zu der Vorlage selbst erklärt der Redner: Wir stimmen der Erhebung zu, weil sie die Grundlage für die Verbesserung der Erwerbslosenunterstützung und für die spätere Erwerbslosenversicherung schaffen soll. Wir werden keiner Regelung zustimmen, die in der Praxis eine Verschlechterung bedeutet.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

teilt mit, daß eine Vorlage auf Verlängerung der Unterstützung für Erwerbslose und Kurzarbeiter über den 2. Juli hinaus bereits die Regierung beschäftigt; es sei zu erwarten, daß sie in den nächsten Tagen dem Reichstag zugehe. Es sei unmöglich, im jetzigen Augenblick eine Verlängerung der Erwerbslosenunterstützung durchzuführen, die Regierung denke aber nicht daran, die gegenwärtigen Vorschriften zu verschärfen.

Der Gesetzentwurf wird hierauf in allen drei Lesungen angenommen.

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, der das Gesellschaftskapital auf 20 000 Mark erhöht, wird in dritter Lesung mit einem Zusatzantrag Hübner (D. Sp.) angenommen, wonach das Gesetz am 1. Juli 1926 in Kraft tritt.

Es folgt die Fortsetzung der dritten Beratung des Gesetzentwurfes zur Änderung des Reichsanpappschaffgesetzes in Verbindung mit dem von den Regierungsparteien eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung der Reichsversicherungsordnung und des Angestelltenversicherungsgesetzes.

Abg. Frau Schroeder (Soz.) begründet einen Antrag der Sozialdemokratischen Partei, wonach die Waisenrenten und Kinderzulagen für Pensionsempfänger nicht, wie es die Vorlage will, auf 15 Jahre herabgesetzt, sondern auf dem bisherigen Stande bis zu 18 Jahren erhalten bleiben sollen. Die wenigen Verbesserungen, die der Gesetzentwurf bringt, können die Verschlechterungen, von denen bei der Herabsetzung der Waisenrente und Kinderzulage gerade die Ärmsten der Armen betroffen werden, nicht wettmachen.

Der sozialdemokratische Antrag wird von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

Abg. Hübner (Soz.) begründet einen Antrag, wonach im Fall einer Unfallrente die Invalidenrente nicht ruhen soll. Es handle sich um die Befreiung eines Unrechtes, wofür der Redner verschiedene Beispiele anführt. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag will für den Fall, daß jemand Beiträge zur Invaliden- und Angestelltenversicherung gezahlt hat, wenigstens einen Teil der durch die Doppelversicherung erwachsenden Rechte erhalten.

Ministerialdirektor Geiseler bestreitet, daß durch den neuen Entwurf die Lage der Versicherten verschlechtert werde. Er erklärt, die Regierung werde die ganze Frage bis zur dritten Lesung nochmals prüfen.

Die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt.

Der Gesetzentwurf der Regierungsparteien wird in seinen Einzelheiten im wesentlichen nach den Ausschlußbeschlüssen erledigt. Die dritte Lesung wird mit Rücksicht auf die Regierungserklärung auf Mittwoch zurückgestellt.

Vor der Schlußabstimmung, die auf Antrag der Zentrumsfraktion namentlich ist, erklärt Abg. Rodenhauer (D. Sp.), daß ein Teil seiner Freunde sich der Stimme enthalten werde.

Abg. Jankel (Soz.) gibt eine Erklärung ab, wonach die Sozialdemokratische Partei sich durch entsprechende Anträge bemüht habe, das Gesetz zu verbessern. Das sei ihr nicht in vollem Umfange gelungen, besonders nicht bei der Zulassung von Erbschaften, bei der Zerteilung der Arbeiter, bei der Rentenversicherung und bei den einzelnen Steigerungsfällen. Trotzdem

werde die Sozialdemokratische Fraktion dem Gesetz zustimmen, weil bei dessen Ablehnung die Einführung der Familienunterstützung verhindert werden würde.

Abg. Schwan (Komm.) erklärt, daß die Kommunistische Fraktion gleichfalls für das Gesetz stimmen werde.

Das Gesetz wird darauf mit 320 Stimmen gegen 58 der Deutschnationalen und 8 Enthaltungen der Deutschen Volkspartei angenommen.

Präsident Ebe sagt im Namen des Hauses dem Sozialpolitischen Ausschuss den Dank dafür, daß dieser in einer mit anderen Arbeiten so reich gesegneten Zeit diese umfangreiche Vorlage so schnell durchgearbeitet habe. Hoffen wir, daß das Gesetz sich zum Segen der Beteiligten auswirken möge. (Beifall.)

Es folgt die Abstimmung über einen deutschnationalen Initiativantrag, der die Regierung auffordert, die Versicherungsanstalten zu vierteljährlichen Abrechnungen zu veranlassen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wendet sich gegen diesen Antrag, weil es aus technischen Gründen ganz unmöglich sei, vierteljährliche Berichte herauszugeben.

Abg. Hübner (Soz.) erinnert daran, daß die Sozialdemokratische Fraktion bei jeder Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums eine schnellere Berichterstattung der Versicherungsanstalten gefordert habe. Jetzt liegen erst die Abrechnungen der Unfall- und Invalidenversicherung aus dem Jahre 1924 vor. (Hört! Hört!) Man erdacht aber den Eindruck, als ob es den Deutschnationalen mit ihrem Antrage nur darauf ankomme, Material zur Unterstützung des Gesetzes der Unternehmer über die hohe Sozialbelastung zu erhalten. Die Sozialdemokratische Fraktion werde gegen den deutschnationalen Antrag stimmen.

Nach weiterer kurzer Debatte wird der deutschnationale Antrag abgelehnt.

Es folgt nunmehr die erste Beratung eines Entwurfs eines zweiten Gesetzes über den Volksentscheid, der die Aufwertung vom Volksentscheid ausnehmen will, folgen.

Abg. Dr. Richter (D. Sp.) beantragt, diesen Punkt von der Tagesordnung abzuheben.

Abg. Tremmel (Fr.) beantragt, die Vorlage erst nach dem nächsten Punkt der Tagesordnung (Gesetzentwurf zur Abänderung des Mieterhöhunggesetzes) zu behandeln.

In der Geschäftsordnungsdebatte über diese Anträge erklärt Abg. Reil (Soz.), daß die Sozialdemokratische Fraktion der Umstellung der Tagesordnung zustimmen werde, für die Abhebung der Beratung des Gesetzentwurfs über den Volksentscheid bestehe aber keine sachliche Notwendigkeit.

Reichsinnenminister Dr. Kütz erwidert, den Punkt, Abänderung des Volksentscheides, abzuheben, da die Regierung sich noch einmal mit der Frage befassen werde und daher heute keine Stellung dazu nehmen könne.

Die Abhebung von der Tagesordnung wird mit 186 gegen 149 Stimmen abgelehnt, dagegen beschlossen, daß der Gesetzentwurf über den Volksentscheid nach Erledigung der Vorlage über den Mieterhöhung beraten werden soll.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Mieterhöhunggesetzes in Verbindung mit einem von der Wirtschaftlichen Vereinigung eingebrachten Gesetzentwurf betr. Neuregelung der Bestimmungen über die Kündigung eines Mietverhältnisses bei Grundstücken.

Präsident Ebe schlägt für die Beratung dieses Gegenstandes eine Redezeit von einer halben Stunde für jede Partei vor.

Abg. Hübner (Soz.) beantragt eine Redezeit von einer Stunde, da man in 30 Minuten nicht das Notwendige über diese Materie sagen könne.

Präsident Ebe stellt dazu fest, daß der Abg. Hübner zu dieser Frage in der letzten Zeit schon so oft gesprochen habe, daß er nicht behaupten könne, er sei in seiner Redemöglichkeit beschränkt worden. Durch Länge der Rede würden die Mieterinteressen kaum gefördert. Der Abg. Hübner habe ja selbst draußen im Lande sich über die Geschwindigkeit dieses Parlaments beschwert. (Heiterkeit.) Verschiedene Parteien wollten eine Redezeit von nur 20 Minuten, der Präsident sei den Mittelweg gegangen und schloß 30 Minuten vor, also dieselbe Redezeit wie bei fast allen anderen Gelegenheiten.

Für den kommunistischen Antrag erheben sich nur die Antragsteller, es bleibt bei der vom Präsidenten vorgeschlagenen Redezeit.

Abg. Lipinski (Soz.):

Die Interessensvertreter der Hausbesitzer haben im Ausschuss Forderungen gestellt, die halb über das hinausgehen, was die Hausbesitzer-Organisationen selbst verlangt haben. Man gibt vor, den Mietern insofern zu dienen, als man durch die freie Wirtschaft den Wohnungsbedarf decken könne. In Wirklichkeit geht die Tendenz dahin, die Wohnungsmieten weit über die Friedensmieten hinaus zu erhöhen, um dadurch einer kleinen Gruppe von Hausbesitzern einen Reichtum von zwei bis drei Milliarden Mark in Jahre zuzuführen. (Hört! hört! bei den Soz.) Es ist ein Antrag gestellt

worben, wonach der Mieter bei der Vermietung und Vermittlung von Wohnungen befreit werden soll. Ist das aber nicht Wucher, wenn eine 2-300prozentige Erhöhung der Friedensmiete, wie es im Ausschuss geschah, als berechtigt anerkannt wird?

Um den Mieterhöhung zu beseitigen und die freie Wirtschaft auf dem Wohnungsmarkt wieder einzuführen, wird nun behauptet, die „freie Wirtschaft“ sei durchaus in der Lage, den Wohnungsbedarf zu decken. Schon in der Friedenszeit hatten wir aber einen Mangel an kleinen Wohnungen, wodurch die Mieten unausgesetzt gesteigert wurden. Heute haben wir einen Fehlbedarf von etwa 1 100 000 Wohnungen. Ihre Erbauung wird ein Kapital von 182 Goldmilliarden erfordern. Es ist unmöglich, eine solche Summe bei den heutigen Kreditverhältnissen aufzubringen. Bei den augenblicklichen Zinssätzen würde das eine außerordentliche Verteuerung der Wohnungen zur Folge haben, wenn sie durch die freie Wirtschaft errichtet würden. Es ist bezeichnend für die jetzigen Zustände, daß bei einer solchen riesigen Wohnungsnot 30 Prozent der Bauarbeiter arbeitslos sind, und auf der anderen Seite der 800-Millionen-Kredit, den das Reich zur Verfügung gestellt hat, von den Ländern und Gemeinden nicht abgefordert worden ist, weil die Zinssätze zu hoch sind und die Wohnungen zu teuer würden, daß sie niemand bezahlen könnte. Da aber die freie Wirtschaft nicht in der Lage ist, den Wohnungsbedarf zu decken, bleibt nichts anderes übrig, als den Mieterhöhung zu erhalten und ihn auszubauen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Tatsache, daß Wohnungen in den neu erbauten Häusern nicht vermietet werden können, zeigt doch, daß die freie Wirtschaft, die das allgemein zur Folge haben würde, nicht wiederhergestellt werden darf. Wir dürfen nicht den Mieterhöhung beseitigen und dadurch die Mieten der alten Wohnungen auf den Stand der Mieten in den Neubauten bringen, sondern müssen den umgekehrten Weg gehen, die Neubauten so weit zu senken, daß sie an die Friedensmieten herankommen. In einigen Städten ist das schon erreicht worden, besonders dort, wo auf gemeinnützigem Wege Wohnungen gebaut wurden.

Bezeichnend ist ein Antrag der Deutschnationalen Partei, wonach bei Abschluß von neuen Mietverträgen die Mieterhöhung bestimmt werden möge. Die Annahme dieses Antrages würde bedeuten, daß jährlich 150 000 junge Leute, die eine freierwerbende Wohnung belegen, die Begründung eines eigenen Hausstandes unmöglich gemacht wird, weil sie die Summen für die Mieten nicht aufbringen können. Im Ausschuss wurde auch die Aufhebung des Schutzes für gewerbliche Räume verlangt. Dieses Verlangen wurde unterstützt durch eine Eingabe des Deutschen Industrie- und Handelsrates, von der aber kein Mensch weiß, welche Stelle sie verfehlt hat. Heute ist dem Reichstag ein Antrag zugegangen, das überhaupt in Berlin stünden die freien gewerblichen Räume zu den vermieteten im Verhältnis von 2:1. Es mag sein, daß im Innern der Stadt Berlin, wo durch die Aufgabe von Räumen seitens der Behörden und durch die Auflösung so vieler Inflationsgründungen ganz besondere Verhältnisse entstanden sind. Im allgemeinen verhält es sich aber ganz anders mit den gewerblichen Räumen, wie die Erfahrungen, besonders in Württemberg und Hamburg, wo man den Mieterhöhung für gewerbliche Räume aufgehoben hat, beweisen.

Im Ausschuss hat man immer wieder versucht, weitere Lockerungen des Mieterhöhunges vorzunehmen, und diese Versuche werden hier voraussichtlich aufs neue unternommen werden. Wir wenden uns ganz entschieden dagegen. Wir lehnen auch die Bestimmung ab, wonach die Kündigungsfrist bei Nichtzahlung der Miete von zwei auf einen Monat herabgesetzt werden sollen. Selbst die bayerische Regierung lehnt diese Bestimmungen ab, weil die Gemeinden gar nicht in der Lage sind, den Gemeinderäten die notwendigen Unterhaltskosten zur Verfügung zu stellen. Wir dürfen nicht die Hand dazu bieten, daß die Zustände im Wohnungswesen noch verschlimmert werden, die eines Kulturvolkes unwürdig sind. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wir erkennen nicht, daß der Gesetzentwurf einige Vorteile bringt, aber gegenüber den Verschlechterungen der bisherigen Bestimmungen sind sie nicht sehr wesentlich. Wir haben bisher noch keine Begründung dafür erhalten, daß der Mieterhöhung nur ein Jahr verlängert werden soll. Es wäre doch eigentlich selbstverständlich, daß der Mieterhöhung bis mindestens zum 1. April 1926, wo der Finanzausgleich abläuft, verlängert wird. Wir haben bei den Beratungen immer wieder den Eindruck gewonnen, daß man auf alle mögliche Weise versuchen will, den Mieterhöhung so schnell wie möglich abzubauen. Wir wenden uns aufs schärfste dagegen und verlangen, daß durch öffentliche Mittel der Wohnungsbau gefördert und dadurch der Wohnungsnot gesteuert werde. Wenn man, wie es im Ausschuss geplant war, gegen den Wucherer vorgehen will, so muß man auch einzelne Behörden heranziehen, die, wie besonders die Eisenbahnbehörde, für ihre Räume außerordentlich hohe Mieten verlangen und sich dadurch gleichfalls des Wucherers schuldig machen.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat eine Reihe von Anträgen eingebracht, die Verbesserungen der Vorlage zum Ziele haben. Von der endgültigen Fassung der Vorlage wird die Sozialdemokratie ihre Stellungnahme dazu abhängig machen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Handelsverträge mit Schweden und Dänemark sowie die Fortsetzung der Beratung des Mieterhöhunggesetzes und der Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über den Volksentscheid.

Der Bürge.

Roman von E. S. Hall Cairne.

83]

„Mein Sohn! mein lieber Sohn!“ rief Adam. „Vater! Vater!“ antwortete Michael Sunlods. „Wer im nächsten Augenblick schon hatten die Dänen, die den Vorgang beobachteten, Michael Sunlods umgeben, nahmen ihn in die Mitte und eilten vorwärts. Ihre lauten Rufe überdauerten alle anderen Stimmen.“

Als die Truppe vorbeigezogen war, sah Adam eine Zeitung krumm auf seinem Tiere; dann wandte er sich an seine Begleiter:

„Meine guten Freunde und treuen Gefährten, meine Reife ist zu Ende. Ihr müßt ohne mich weitergehen. Ich wollte nach Island zu einem, der mein Sohn ist, obwohl nicht gleich mit meinem Fleisch und Blut von meinem Blut, und dachte meinen alten Arm auf seine junge Schulter legen zu können. Jetzt habe ich ihn aber gelassen gehen; warum — das habe ich noch nicht erfahren können. Nun ist es meine alte Schulter, worauf sein junger Arm lag, liegen soll. Es hätte eine ganz andere Begegnung werden sollen! Wie hielt die Hoffnung damals nicht verzehrendes Herz während aller Mühseligkeiten unter schwerlichen Rufen aufrecht! Aber Gottes Wille geschehe. Geht also eurer Wege und laßt mich da, wohin die Bestimmung mich gebracht. Gottes Gnade möge euch hell in eurer Heimat und zu denen bringen, die dort euer warten!“

„Aber die rachen Gesellen machen Einwände, versichern, daß sie ihn niemals verlassen wollen, solange, was kommen wolle. Und auf dem Grasspahn, wo sie standen, begannen sie lebhaft mit der Aufstellung ihres Leibes.“

„Im selben Augenblick, als Adam das Laß herunterwarf, um Michael über die hochgehenden Wellen zu retten, die sich schrecklich gegen ihn schlugen und die er, wie dem, was lebhaft an ihm vorbeigekommen, nicht erlösen, fragte ihn noch der allerwunderbarste von allen Jünglingen, der ihn bisher begleitet waren. Während er in seinem Schwert stand, in seinem Leibe lag und wie ein Stein auf dem Wasser lag, und die mit seinen Worten, die er sprach, die Augen der Jünglinge und die Hände in geschrecktem Erstaunen zu ihm richteten.“

die unter seiner Führung von Kenjaovit hergekommen sei und nun kein Obdach habe, für die Nacht Unterkunft geben könnten.“

„Jetzt waren Adams eigene Sorgen sofort wieder verschwunden. Seine Leute zeigten zwar Bedenken. Er aber gab sofort seine Einwilligung. Die Dame kam — es war Greeba.“

„Es ist schwer zu beschreiben, wie jetzt jedes andere Gefühl in dem des Erkennens über dieses sonderbare Zusammentreffen von Vater und Tochter aufging, wie das Erstarrten der Freude mit die Freude dem Schwerm, als sie einander ihre Gesinnung erzählten. Adam tröstete Greeba, so gut er es eben vermochte. Sie sah doch in keinem eigenen Herzen selbst dunkel und hoffnungslos aus! Inzwischen war es Mitternacht geworden, und man ging zur Ruhe.“

„Als Adam am folgenden Morgen nach einer schlaflosen Nacht beschleunigt und unruhig aufgestanden war, sah er die schlafenden Besatzen, die mit von den Dänen erlegt waren, sich auf die Deckschiffe begeben. Hatte er nicht auch er sich über das, was er nun zunächst tun wollte, entsetzt.“

„Greeba“, sagte er, „Michael Sunlods' Gefangenhaft ist ungerührt, und ich sehe einen Weg, ihr ein Ende zu machen. Kein Gouverneur darf ohne Richter und Geschworene verurteilen. Ich will mich nach Kenjaovit zu Jorgen Jorgensen begeben. Wenn er mich nicht ansetzt, so will ich mich an den König von Dänemark wenden. Sollte man mich da abweisen, so werde ich Englands Hilfe anrufen; denn Michael Sunlods ist britischer Untertan und kann auf die Rechte eines Engländers Anspruch erheben. Falls ich auch dort nichts ausrichten werde, so will ich mich im Gebete an Gott wenden, der noch nie versäumt hat, dem ungerührt Verbleiben zu seinem Rechte zu verhelfen und den Hochmut der Großen zu bezwingen. Gott sei Dank dafür, daß er mich hierher geführt hat. Ich gebe euch hier meine Tage im Frieden zu bestreiten, an der Seite eurer, der mein schwaches Gutes Haupt stützen könnte. Aber die Tage der Freiheit sind wunderbar. Gott hat damit seine eigene Hand gelegt, daß er sich so fürchte. Seiner Gnade sei Dank, daß ich mich nicht zu eifrig bin, um noch etwas tun zu können. Also laßt mich, mein Mädchen, nach mir sehen; wir wollen uns zusammen mit den Weg begeben und unser Schicksal ausmachen.“

„Greeba aber hatte, als sie Michael Sunlods an den Ort seiner Gefangenhaft sah, ein bestimmtes Ziel vor Augen und antwortete: „Nein Vater, mein Weg ist nicht, und wie alle, was es kann. Mein Weg ist hier an meines Vaters Seite.“

„Er hatte den Glauben an meine Liebe verloren und meinte, ich hätte ihn nur des Ruhmes wegen geheiratet, den seine Stellung mir bringen werde. Nun soll er aber sehen, was eine Frau auf sich zu nehmen vermag, um des Mannes willen, den sie liebt. Ich habe meine eigenen Pläne und auch die Kraft, was ich an diesem Orte tun will, auszuführen. Darum fürchte dich nicht, mich allein zu lassen. Gehe, und Gott möge es dir gelingen lassen.“

„Gut, ich bin einverstanden“, sagte Adam. Und nach einigen erklärenden Worten an seine wackeren Begleiter begaben sie sich von neuem auf den Weg. Das Ziel und den Rest des Schicksalspropheten ließen sie Greeba; denn von Kenjaovit aus war Kenjaovit in einem Tagesritt zu erreichen.“

„Als sie weg waren, ging Greeba nach den Zelten am Eingang zu den Hünen hinunter und fragte nach dem Verwalter. Ein Däne, der sie nicht kannte, erschien, und Greeba sagte, sie habe gehört, daß hier ein Krankenhaus eröffnet werde. Sie sei von Kenjaovit hergekommen, um sich als Krankenpflegerin anzubieten.“

„Wir haben in der Tat eine Krankenwärterin nötig“, antwortete der Verwalter freundlich. „Sie kommen gerade zur rechten Zeit und wie ermahnt.“

„All diesen neu aus Dänemark angekommenen Offizieren und Leuten unbekannt, übernahm nun Greeba unter einem angenommenen Namen das Amt der Pflegerin der Kranken in den Schwefelminen. Nur zwei Personen kannten sie, Michael Sunlods und der rote Jalon.“

„Und nun laßt uns sehen, wie Gott die Hoffnung erfüllte, die Greeba hegte, als sie ihre Stelle als Krankenwärterin in Kenjaovit antrat.“

Die Schwefelminen.

So waren denn also Jalon und Michael Sunlods endlich zusammen gekommen. Diese beiden, welche einander von Kind zu Kind geliebt waren, der eine mit Hohe, der andere mit Bescheidenheit, kamen als Gefangene in den Schwefelminen zusammen! Dort trafen sie sich, sprachen sich, lebten und arbeiteten Seite an Seite, ohne daß einer den anderen als den Knecht erkannte, den so lange gesucht und nicht gefunden hatte. Ist das ein Wunder? Arm und kranklich sind der Menschen Leidenschaften, aber über ihnen allen waltet die Hand Gottes. (Fortsetzung folgt.)

Polizei Debatte im Landtag ohne Gevering.

Im Preussischen Landtag erfolgte am Dienstag die zweite Beratung des Polizeigesetzes. Der Hauptauschuss empfiehlt die Annahme mehrerer Anträge zu Gunsten der Kriminalbeamten, der Beamten des Innendienstes und der Landjäger. Auch die Amtsbezeichnungen der Polizeibeamten sollen neu geregelt werden. In der allgemeinen Aussprache erklärte

Abg. Hartwald (Soz.):

Die Sozialdemokratische Fraktion bedauert außerordentlich, daß es dem Minister des Innern infolge schwerer Erkrankung leider nicht möglich ist, der Beratung des Polizeigesetzes beizuwohnen. Wenige wissen so genau wie ich, welche außerordentliche Mühe sich der Minister seit Jahr und Tag gegeben hat, das Los der Polizeibeamten zu verbessern. Das hindert durchaus nicht, die Erbitterung der Polizeibeamten so lange als berechtigt anzuerkennen, wie die durchaus beschleunigten Forderungen der Verbände der Polizeibeamten nicht durchgeführt sind. Nachdem eine Reihe Anträge als Programm für das nächste Jahr im Ausschuss durchgegangen sind, die zweifellos auch vom Plenum einstimmig beschlossen werden, verlangen wir, daß die Staatsregierung diese Forderungen auch strikte durchführt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das Ministerium des Innern darf es sich nicht gefallen lassen, daß noch einmal vom Finanzministerium Schwierigkeiten gemacht werden. Einstimmig wurde vom Hauptauschuss angenommen die Forderung auf Herabsetzung der Wohnungsmieten in den Unterküchen, die Verdoppelung der Dienst- aufwandsentschädigungen für die Kriminalbeamten und die unentgeltliche Lieferung der Uniformen. Ministerialdirektor Dr. Wegg hat zugesagt, daß auch die Unfallfürsorge für die Beamten durch das neue Polizeibeamtengesetz geregelt werden soll. Der Hauptauschuss verlangt auch, daß den Schulrenten der früheren „blauen“ Polizei und den Beamten der Landjäger nach Möglichkeit geholfen werden soll, die ihre Dienstprämie in entwerteter Papiermark oder gar nicht erhalten haben. Diesen Beamten, die einen Rechtsanspruch durch die Inflation verloren haben, muß ganz besonders geholfen werden. Auch der kommunalen Polizeibeamten müssen wir uns mehr annehmen.

Wir wenden eine von der Sozialdemokratie beantragte Novelle zum Schutzpolizeibeamtengesetz annehmen. Wir haben dabei durchaus berechnete Anträge zurückgezogen, um die Novelle Gesetz werden zu lassen. Bei der Beratung im Ausschuss haben wir uns dagegen gewandt, daß von den Polizeibeamten Kadavergehorsamspflicht verlangt wird, daß nicht Befehle ausgeführt werden müssen, die selbst strafbare Handlungen von einem gestutzten oder beizutragenden Borgeleiten erteilt werden. Zu der schlimmsten Beschäftigung des Schutzpolizeibeamtengesetzes gehört nach wie vor das Eheverbot. Dieses Eheverbot enthält ganz besonders einen furchtbaren seelischen Druck auf Männer und Frauen, die auf religiösem Boden stehen, die so denken, wie die Herren vom Zentrum und der Deutschen nationalen Partei es zu tun behaupten. Eine derartige Beschäftigung ist im 20. Jahrhundert einfach unerträglich. Militärische Exerzieren in der Schutzpolizei haben keine militärische, ja gar keine Bedeutung, sondern wirken lediglich als lächerliche Schikane früherer Armeecoffiziere, die von der Polizei nichts verstehen.

Fähig, das Amt eines republikanischen Polizeibeamten auszufüllen, ist nur derjenige, der treuer Anhänger der Republik ist. (Sehr wahr!) Schon oft habe ich betont, daß in der Republik ein monarchistischer Offizier unmöglich ist. Wenn diese Republik, die immer in der Reichswehr keinen einzigen Republikaner duldet, auch noch ihre Polizei hier und da von Monarchisten kommandieren läßt, so wäre das der Gipfelpunkt der Torheit. Wir fordern nicht nur, wie von dem Ausschuss aller, die keine gewissen Beziehungen zur Republik finden, aus der Polizeiverwaltung. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es gibt ein Mittel, das besser ist als jede Maßregelung: in dem Augenblick, wo sich sämtliche Beamte der Polizei sagen, daß sie von der Republik besser gestellt werden als jemals von der Monarchie, würden wir zu keinen Maßnahmen mehr zu schreiben brauchen. Wir brauchen eine unbedingt aus Republikanern bestehende Polizei. Wenn diese Polizei eines Tages nicht da sein sollte, dann würden Kräfte in der Arbeiterschaft wachgerufen zur Verteidigung der Republik, die niemanden unangenehmer sein würden als gerade den Vertretern der Rechten. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Bode (Dnat.) will präzisere Zustände über die Gebiete, wo eine Verstaatlichung der Polizeiverwaltung vorgesehen sei. Der Berliner Polizeipräsident Friedensburg sei keiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen. Das neue System habe nicht dieselben Leistungen aufzuweisen, wie das alte, deshalb solle man zu dem alten zurückkehren.

Abg. Stiller (Ztr.): Die Regierung habe dafür zu sorgen, daß staatsfeindliche Organisationen in der Schutzpolizei keine Propaganda treiben dürfen. Das gelte besonders von den Kommunisten. (Zuruf bei den Kommunisten: Scharfmacher!) Leute, die den gewalttätigen Umsturz auf ihre Fahne geschrieben haben, hätten in der Polizei nicht zu agieren.

Abg. Weggenhain (D. W.): So sehr die Arbeit der Polizei anzuerkennen sei, so wenig Vertrauen könne die Deutsche Volkspartei zu ihrer Leistung haben.

Abg. Kasper (Komm.) wendet sich gegen die Aufrechterhaltung der Kasernierung der Polizeibeamten und lehnt ausgedehnte Feldübungen ab.

Abg. Barteld-Hannover (Dem.): Man könne der Kriminalpolizei wegen ihres Verhaltens bei den letzten Hausdurchsuchungen keinen Vorwurf machen. Der Redner weist die gegen den Polizeipräsidenten von Berlin, Dr. Friedensburg, von den Rednern der Rechten gerichteten Vorwürfe als unbegründet zurück.

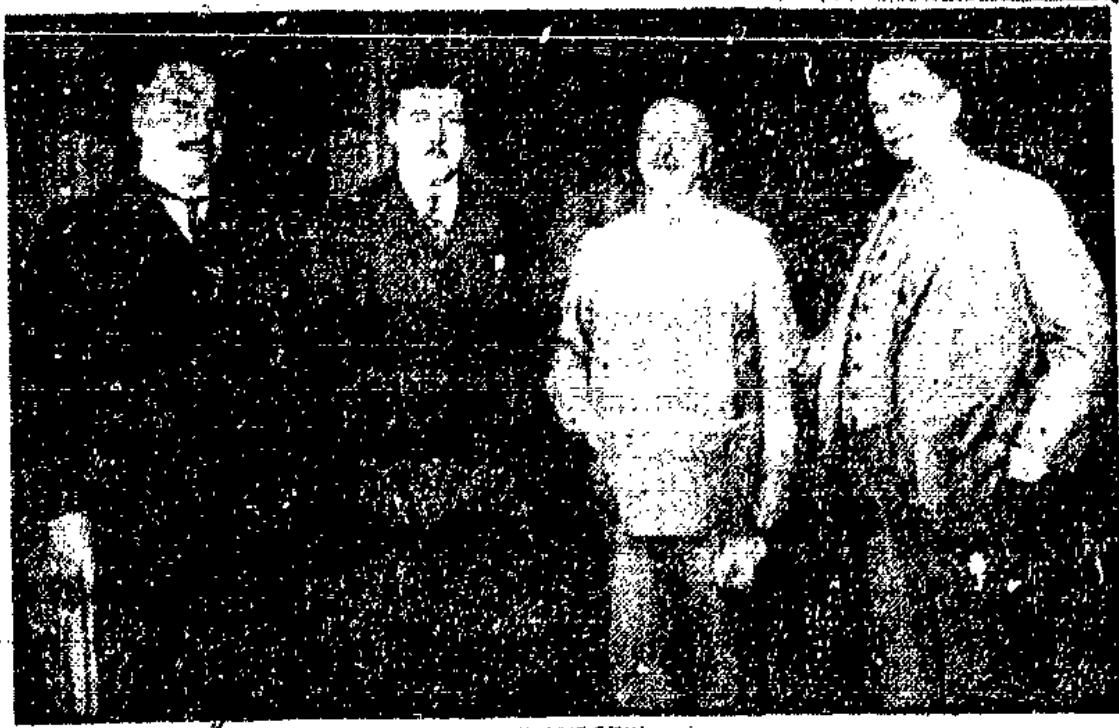
Ministerialdirektor Wegg

stellt dann fest, aus der Aussprache habe sich ergeben, daß sämtliche Parteien mit der Polizei zufrieden seien. Es gelte die wirtschaftliche Lage der Beamten zu verbessern. Verbandswesen und persönliche Freiheit seien seitens des Innenministeriums nach jeder Richtung hin anerkannt worden, und es unterliege keinem Zweifel, daß die verfassungsmäßigen Rechte der Polizeibeamten nach jeder Richtung hin gewahrt und geschützt werden müßten. Öffentliche Protestversammlungen der Polizeibeamten seien allerdings durchaus ungewöhnlich, weil sie das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Beamtenschaft zu erschüttern geeignet seien. Der Vorwurf einer einseitigen Einstellung der Polizei gegen die Arbeiterschaft sei unberechtigt. Das habe sich auch bei den Beratungen des Hauptauschusses gezeigt.

Abg. Gieseler (Bldl.) empfiehlt den von den Deutschen nationalen unterzeichneten Antrag seiner Fraktion, der das Staatsministerium unterstellt, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß alle Mittel angewandt werden, um die im Zusammenhang mit Romo aus politischen Gründen eingekerkerten jungen Deutschen zu befreien. Nach dem Gutachten eines bekannten holländischen Rechtsgelehrten und des Professors Schüding sei die Verurteilung zu Unrecht erfolgt.

Die Aussprache wurde dann geschlossen. Die Abstimmungen sollen später erfolgen. Das Haus verlegt sich auf Mittwoch.

Keine Aufhebung der Immunität des Kommunisten Urhebers. Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstages lehnt einen Antrag des Generalkonvents in Hamburg ab, wonach der kommunistische Reichstagsabgeordnete Urhahns zur Verurteilung von zehn Jahren Festungshaft wegen des Hamburgers Aufstandes von 1923 in Haft genommen werden sollte. Für den Antrag des Generalkonvents stimmten lediglich zwei Deutsche.



Das Präsidium der Wirtschaftsenquete,

das wir heute im Bilde zeigen, besteht aus den Abgeordneten Dr. Hilferding (links) und Dr. Lammerz (2. von links), dem Graf Raschke (Reichswirtschaftsrat) und Prof. Harms (rechts). Genosse Dr. Hilferding ist stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums, während Dr. Lammerz Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der Industrie und Abgeordneter des Zentrums, Vorsitzender ist.

Auslandsstimmen zum Volkentscheid.

Aus Oesterreich.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ schreibt zu dem Ergebnis des Volkentscheids: „Das Abstimmungsergebnis bedeutet in Wirklichkeit den gewaltigen Sieg des republikanischen Gedankens, eine Abkehr an die monarchistische Idee, wie sie so entschieden deutlich vor einem Jahre niemand erwartet hatte. Aller Welt tritt vor Augen, daß die Republik in dem Herzen des deutschen Volkes eine tiefe, unerschütterliche Grundlage besitzt. Wagt der Volkentscheid negativ ausgefallen sein, er ist eine schmerzliche Niederlage der Monarchisten.“

Die bürgerlichen Blätter Wiens sind in Verlegenheit, wie sie das Ergebnis werten sollen. Die „Neue Freie Presse“ nennt das Ergebnis ein Zeichen der Ordnung und der politischen Einsicht, stellt aber fest, daß fünf Millionen bürgerliche Wähler sich für die Entseignung ausgesprochen haben. Das „Neue Wiener Tagblatt“ meint auch, ein Sieg der Fürsten läge keinesfalls vor.

Englische bürgerliche Solidarität.

Der „Daily Telegraph“ stellt fest, das Ergebnis sei ein „moralischer Sieg“ für die Anhänger der Entseignung, im übrigen aber ist man sich in der konservativen Presse darin einig, daß es sich um einen abgeschlagenen Angriff auf das Privateigentum an sich gehandelt habe. Die „Times“ gebrauchen dabei Ausdrücke wie „schamlose Wünderung“ und „Verletzung der natürlichen Moral“, und sie bezeichnen es als ein ernstes Symptom, daß immerhin mehr als 14 Millionen Männer und Frauen eines der ersten und gebildeten Völker Europas für diesen Vorgang eingetreten seien. Sie entschuldigen diese Tatlage mit dem Gland des Krieges und der Inflationszeit, das eine Vermengung der Rechtsbegriffe gebracht habe, ferner mit der Schärfe des bisherigen Kampfes der Rechtsparteien gegen den Sozialismus und schließlich mit der „Extravaganz“ vieler Fürsten, die diesen bedauerlichen Abweg veranlaßt hätte. Man muß bei diesen Stimmen den noch frischen Eindruck des Generalkonvents und des Konfliktes mit Rußland einrechnen.

Aus Belgien.

Die nationalistische „Nation Belge“ schreibt: Aus dem Blickfeld vom Sonntag wurde sichtbar, daß die deutsche politische Geschichte und die enorme Mehrheit des Volkes den Gedanken eines endgültigen Bruches mit derjenigen ablehnt, in welchen wir trotz der deutschen Propaganda nur die Verantwortlichen für den Krieg und den Ruin unseres Landes sehen können.

Finanz-„Retter“ Caillaux in Frankreich?

Paris, 23. Juni. (Eigener Funkenbericht.)

Das Kabinett Briand ist noch immer nicht konstituiert und der gestrige Tag läßt in keiner Form die Lösung der Krise vorsehen. Es kann unter jeden Umständen also kaum etwas anderes als eine rein provisorische Lösung der Finanzkrise unter dem neuen Ministerium Briand erwartet werden, selbst wenn Briand im Laufe des heutigen Dienstags noch irgend ein Ministerium auf die Beine bringt oder in Ermangelung eines anderen Kandidaten selbst gezwungen wäre, das so gefährdete Finanzportefeuille zu übernehmen. In diesem Falle würde das Portefeuille des Lusattigen entweder Herzog oder Barthou übertragen werden.

Eine andere Möglichkeit könnte aber auch noch ins Auge gefaßt werden. Briand hat gestern lange Besprechungen mit

Caillaux gehabt. Man weiß nicht, mit welcher Antwort, ob mit einer verneinenden oder mit einer zugebenden, da Caillaux gestern nach 12 Uhr nachts nach der letzten langen Besprechung mit Briand den Quai d'Orsay verließ. Für den Fall, daß Caillaux zugesagt hat und das Finanzportefeuille übernehmen würde, steht es jedoch außer Zweifel, daß er Bedingungen gestellt hat, die für Briand schwer annehmbar sind. Caillaux hat nie zu betonen verfehlt, daß er nur, mit beinahe unbegrenzten Vollmachten ausgestattet, das Finanzministerium übernehmen werde, ja, daß er sogar an keinem Ministerium sich mehr beteiligen werde, in dem er nicht zugleich die Ministerpräsidentenschaft in Händen habe, da es ihm nur so möglich sei, sein Ministerium einheitlich zu gestalten. Heute Vormittag wird Caillaux noch einmal im Quai d'Orsay erwartet. Aus dieser letzten Aussprache wird das dritte Ministerium Briand hervorgehen oder nicht. Für den Fall, daß es Briand nicht gelingen sollte, die Widerstände zu überwinden, so ist man ziemlich davon überzeugt, daß er unter diesen Umständen den erhaltenen Auftrag der Kabinettsbildung in die Hände Doumergues zurücklegen und beantragen werde, Caillaux mit der Kabinettsbildung zu betrauen.

Caillaux ist bekanntlich schon einmal während der Inflation Finanzminister gewesen. Wegen seiner außenpolitischen Verständigungsstendenz und seiner radikalen Steuerpolitik vor dem Kriege war er zunächst Vertrauensmann der Linken, zeigte sich aber als Finanzminister sehr bald als Interessenanwalt der Großbanken, denen er seiner Herkunft nach nahesteht. Er würde eine Stabilisierung des Frankens nach diesen Erfahrungen sicherlich nur auf Kosten der breiten Massen des französischen Volkes versuchen.

Aus dem Reich.

Sozialdemokratisches Senatspräsidium in Lübeck. Aus Lübeck wird gemeldet, daß in der Senatssitzung vom Dienstag der Senator Genosse Löwigt zum Vorsitzenden des Senats und zum Nachfolger des zurückgetretenen Amtsbürgermeisters Dr. Neumann, der von Hugenberg Geld nahm, gewählt wurde. Da von bürgerlicher Seite auf den zweiten Posten verzichtet wurde, ernannte der Vorsitzende des Senats den sozialdemokratischen Senator Hoff zum stellvertretenden Senatspräsidenten.

Hiltlerente schießen in eine Verammlung. Am Schluß einer deutschnationalen Verammlung in Spandau kam es hier zu schweren Ausschreitungen. Ein Hiltleranhänger verletzte durch einen Schuß eine politisch anders denkende Person. Das war das Signal zu wüsten Tumulten. Die Schupo mußte mehrere Personen in Schutzhaft nehmen. Eine ganze Reihe von Leuten wurden verprügelt. Es fielen mehrere Schüsse.

Verurteilung eines Stadtrates. Der frühere Landrat von Weiburg a. d. Lahn, jetziger Geschäftsführer einer Arbeiterberiberge G. m. b. H., Langgemach, der dem Magistrat der Stadt Frankfurt (Main) als unbescholten Stadtrat angehört, hat, laut W. B., 40 000 Mark unangesehen der Gesellschaft veruntreut, wie verurteilt, zur Deckung seiner Schulden aus Fremdwerten. Bei der Staatsanwaltschaft wurde gegen Langgemach Anklage erstattet. Sein Mandat als unbescholten Stadtrat hat er vorher niedergelegt. — Langgemach, der völlig unbescholten war, gehörte unserer Partei an, aus der er wegen dieser Dinge aber ausgeschlossen wurde.

Aus aller Welt.

Photographische Verkleinerungsmittel.

Der amerikanische Professor Goldberg hat die Methode, photographische Aufnahmen so zu verkleinern, daß sie mit dem bloßen Auge kaum mehr wahrnehmbar sind, weiter vervollkommen. Dank dieser neuen Methode kann man zum Beispiel auf eine Fläche, die nicht größer als die einer Bisttentarte ist, die geographischen Karten des ganzen Erdballes unterbringen. Der praktische Wert dieser Verkleinerung liegt darin, daß man bei der Aufbewahrung von Dokumenten und Archivmaterial keine raumtchnischen Rücksichten mehr zu nehmen braucht; man kann im kleinsten Archiv ein ungeheures Material aufspeichern und es im Bedarfsfall unter das Mikroskop nehmen.

Als Paratyphus

haben sich die Vergiftungserscheinungen herausgestellt, deren Opfer zahlreiche Einwohner der Gemeinden Kalberge, Müldersdorf und Lasdorf bei Berlin geworden sind. Bis jetzt sind rund 120 Personen erkrankt, alle nach dem Genuß von rohem Schabfleisch, das von einem Schlächtermeister bezogen wurde. Lebensgefahr besteht bei keinem der Erkrankten. Den Schächter selbst trifft kein Verdacht.

Bei Speiservergiftungen.

wegen deren 43 Unteroffiziere und Soldaten des 19. bayrischen Infanterie-Regiments in das Münchener Lazarett überführt werden mußten, handelt es sich ebenfalls um Paratyphus. Hier ist ein Todesopfer zu beklagen.

Im Rotkrankhaus

auf die Schienen der Berliner Hochbahn gesprungen ist am Dienstag vormittag die Filmkaufmännin Dittke Müller. Auf dem Hochbahnhof Wilhelmsstraße war die elegant gekleidete Frau (48 Jahre) neben den Einbruch einer Betrunklenen machte. Um ein Unglück zu verhüten, stellte sich ein Beamter in ihre Nähe. Tatsächlich sprang die Frau vor den ankommenden Zug und rief nach den Beamten, der sie zurückhalten wollte, mit auf die Schienen. Dem Bahndienstleiter war es gelungen, den Zug noch rechtzeitig zum Halten zu bringen. Auf der Rettungshalle stellte der Arzt fest, daß die Frau unter den Wirkungen eines starken Rotkrankes stand.

Gabelbrand in Köln.

In der Dampfab- und Abkühlfabrik Beer Soons, Köln, droht wahrscheinlich infolge Aufschwung eines Destillations-

apparates, Feuer aus, das rasch um sich griff. Ein Wertmeister wurde durch eine Stachflamme schwer verletzt und ist inzwischen gestorben. Außerdem wurden zwei Arbeiter erheblich verletzt. Ihr Zustand ist bedenklich. Der Restwärter liegt wahrscheinlich unter den Trümmern. Der Wertmeister und die Verletzten sind sämtlich Familienväter. Die Fabrik ist bis auf kleine Nebengebäude vollständig zerstört.

Zugzusammenstoß in der Tschecho-Slowakei.

Heute mittag stieß in St. Martin (Slowakei) infolge falscher Weichenstellung ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Nach den bisherigen Meldungen wurden 27 Personen verletzt. Getötet wurde niemand.

Die Kirche auf dem Balkan.

Seit einigen Tagen weilt der argentinische Architekt Mario Zelatta in Rom. Er beschäftigt, dort einen Balkantrager zu errichten, der die ewige Stadt überragen soll. Der Architekt hat mit dem Papst und Mussolini Freundschaft geschlossen und will das Bauwerk „zu Ehren des Faschismus“ errichten lassen. Der Balkantrager soll 44 Stützwerke hoch sein, die große Geschäfte, ein Hotel und Gesellschaftsräume für mehrere hundert Personen enthalten werden. Die Aufmerksamkeit des Papstes für dieses Unternehmen wurde durch die Abicht des Baumeisters geweckt, dem profanen Werk einen religiösen Schlüssel zu geben. So ist oben, über Speisekellern und Fotostimmern, soll nämlich eine Kirche Platz finden. Zelatta hat dem Papst in einer Privat-audienz seine originellen Pläne vorgelegt. Danach soll das Sanctuarium auf dem Dach des Kirchturms errichtet werden; damit soll ausgedrückt werden, daß das religiöse Element den Faschismus überträgt.

Raum-Aussverkauf in der französischen Inflation.

Drei- und vierstellige Werte des großen französischen Kaler, Carot wurden auf einer der letzten Pariser Auktionen für die verhältnismäßig geringe Summe von 24 000 Mark verkauft. Den höchsten Preis erzielte eine Dacheisen-der-Rais von 1000 Mark mit 162 000 Francs oder 19 000 Mark. Die Dacheisen-Eingang zum Parc von St. Cloud brachte 155 000 Francs oder etwa 18 000 Mark. Andersherum wurde der Weinstock für 4000 und 5000 Mark angekauft. Es zeigt sich, daß die Inflation die Menschen so haben Francs-Summen durch zu einer Preisfestsetzung führen.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

**SOMMER-AUSSTELLUNGEN
BRESLAU
1926**

AUSSTELLUNGSHALLE SCHEITING

**KUNST UND KUNSTGEWERBE
AUS ÖSTERREICH UND SCHLESSEN**

JULI - OKTOBER

**SIEDLUNG UND STADTPLANUNG
IN SCHLESSEN**

AUGUST - OKTOBER

**SCHLESISCHE MALEREI UND PLASTIK
DES MITTELALTERS**

AUGUST - OKTOBER

Stadt-Theater.

Mittwoch abends 7 1/2 Uhr:
„Der Freischütz“

Donnerstag abends 7 1/2 Uhr:
Vorstellung zu halben Preisen.
„Fidelio“

Freitag abends 8 Uhr:
„Madame Butterfly“

Lieblich-Theater

Telefon Stephan 34646

Täglich 8 Uhr:
Der große Revue-Erfolg
Was Frauen träumen!

Zeitgemäß billige Eintrittspreise von 0,75 RM. an.

Schnürjettel, 2-10 Pf.,
Lippert, Deintlichtstr. 16.

Soboththeater

Reiffingstr. 8, Tel. Ag. 6774.

Mittwoch, Donnerstag
abends 8 Uhr:
Reißhardt v. Snelienau

Thalia-Theater

Schwefelstr. 3, Tel. Ag. 6700

Mittwoch nachm. 4 Uhr:
Gefühlspiel der
Hank-Berkow-Spieler
Die zertanzten Schuhe

Mittwoch abends 8 Uhr:
„Theophilus“
und „Totentanz“

Donnerstag:
Geschlossen.

Schauspielhaus.

Operettenbühne. 12211
Tel. Stephan 37460.

Mittwoch, Donnerstag,
Freitag abends 8 Uhr:
Der große Operettenerfolg!
„Amemacie“

Sonabend abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
„Die vertauschte Frau“

Sonntag nachmittags 5 1/2 Uhr:
**„Kene, Pote, Piele,
Josephinens Tochter.“**

Sonntag und täglich 8 Uhr:
„Die vertauschte Frau“

**Schlesisches
Landesorchester**

Heute Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
Südparkkonzert

Symph. No. 1 Brahms.
Leitg. Behr. Eintr. 50 Pf.

Spezialität:
Massenanlagen
(Rotocolordruck)

**Druckerei
Volkswacht**

BRESLAU 2
Fünfsstraße 4/6

übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druck-Arbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.

Spezialität:
Massenanlagen
(Rotocolordruck)

Vorläufige Anzeige!

Sommer-Ausverkauf

Nur 6 Tage

Beginn: **Montag, den 28. Juni**

„Ihre
Furnituren aufeinander
Nimmern bringt mit
unzähligen
Plüschmöbeln =
Preislisten bei.“

„Nur zu
Plüschmöbeln
nachdem sorgfältig
nicht abzugeben.“

„Am Donnerstag
den 26. Juni
nachdem Abbruch
aufgefallen.“

**Leinenhaus
Dielschowsky**

NIKOLAI-STR. 74-76 BRESLAU ECKE HERREN-STR.

VERSÄLE

Das neue
auvergnaische
Waschmittel

wird nunmehr auch in
Deutschland hergestellt

In Schweden ist Versale acht Monate lang einer sehr strengen Prüfung unterworfen worden, deren Programm von der Staatlichen Prüfungsanstalt in Stockholm, dem Reichsverband der schwedischen Hausfrauenvereine und der Fachschule für Hauswirtschaft in Upsala ausgearbeitet worden war. Dieses Programm stellte folgende Forderungen auf:

1. Baumwoll- und Leinenzeug soll nach 50- bis 100maligem Waschen und Kochen dieselbe Stärke beibehalten, als wenn nach der gewöhnlichen Art gewaschen worden wäre, d. h. mit Schmierseife und nachfolgendem Kochen in schwacher Lauge.
2. Das Waschpulver soll bei der Wäsche keine Niederschläge hinterlassen. Die Wäsche soll durch alle Waschungen hindurch weiß und weich verbleiben.
3. Nach 10 Waschungen wird die Wäsche 6 Monate lang aufbewahrt und darf während dieser Zeit nicht vergilben.
4. Die Wäsche soll bei allen Behandlungen mit dem Waschpulver geruchlos bleiben.
5. Das Waschvermögen des Pulvers wird an schweren Flecken, wie Ruß, Blut, Schokolade, Birnensaft, Grasgrün und stark beschmutzten gebrauchten Arbeiterhemden geprüft und soll wenigstens ebenso groß sein, als das von Schmierseife und nachfolgendem Kochen mit Lauge.
6. Nach 10 Waschungen von farbigem Baumwollstoff darf dieser nicht mehr gebraucht sein als bei Behandlung mit Schmierseife oder Marseille Seife.
7. Wäsche von Säuglingen und kleinen Kindern darf, mit dem Waschpulver gewaschen, die Haut des Kindes nicht reizen.
8. Um einen Beweis für die Unschädlichkeit des Waschpulvers zu erbringen, soll das aufgelöste Pulver sogar bei offenen Wundflächen kein Brennen erzeugen und natürlich auch empfindlicher Haut nicht schaden.
9. Die Wäsche-Unkosten, d. h. die Unkosten für Arbeit, Feuerung usw. sollen so niedrig wie möglich sein, jedoch immer bedeutend niedriger als bei Anwendung von Schmierseife und Lauge.
10. Das Waschmittel darf sich bei längerer Aufbewahrung nicht verschlechtern.

Diese schweren Prüfungs-Bedingungen sind von Versale erfüllt worden, und Versale erhält daher als das einzige Waschmittel in Schweden die Bewilligung, die Garantiemarke des Reichsverbandes der schwedischen Hausfrauenvereine auf seinen Packungen benutzen zu können.

„Versale“ wird in Deutschland in genau der gleichen Weise hergestellt wie in Schweden und wird sich daher auch hier die Gunst der Hausfrauen im Fluge erobern.

Machen Sie einen Versuch!

Die Ware kommt zum Ladenpreis von
45 Pfg.

in 1/2-Pfund-Packungen in den Handel und ist in allen einschlägigen Geschäften zu haben.

**RHENANIA-KUNHEIM
VERW. CHEM. FABRIKEN A.-G.
BERLIN NW 7
Bismarckstraße 10**

Generalvertretung und Lager:
Nicolai Wagner, Breslau 10 * Telephon Ring 6735

**Plüschsofas
Chaiselongues**

von 75.- Mark an.

von 30.- Mark an, in größter Auswahl.
Ausführung nach Vereinbarung.

Albert Nowotny, Weidenstraße 23/24.

Anzüge n. Maß, mod., haltb. Stoffe 28
Mk. 50, 40, 30 und 28

Fertige Anzüge, schönste Formen, staunend billig,
von Mk. 18 an und bis zu den besten Preislagen.

Albrechtstraße 41, II. Etage,
kein Laden

Donnerstag, den 24. Juni: Verteilung von
Kostproben
des bekannt guten Reichenbacher Casemberts
„Seenenstolz“

in sämtlichen Filialen der Firma **Hugo Lüdcke:**

Bischelstraße 10	Klosterstraße 71
Adelbertstraße 17	Lehndamm 5
Nisonstraße 38	Neue Graupenstraße 10
Bärenstraße 10	N. Schweidnitzer Str. 6
Bühnenstraße 10	Nikolaistraße 60
Bismarckstraße 20	Palmsstraße 22
Heinrichstraße 13	Paulstraße 37
Hohenzollernstr. 47/49	Schießhöhe 12
Kaiser-Wilh.-Str. 147	Schmiedestraße 36/38
Kantstraße 1	Tiergartenstraße 61
Klosterstraße 11	Viktoriastraße 112

Reichenbach
i. Schl.

Central-Molkerei f. G. m. b. H.
Generalvertreter: **Walter Kallmann jr., Breslau.**



Bei allen Zeitungskäufen rings
Verlangt der Müller: „Laden links!“
„Bedauere!“ sagt der Zeitungsmanu —
Da haucht ihn Müller kyndlich an!!
Seidem liegt's aus in großer Zahl.
Das Mittel wirkt! Versuch's einmal!

Abonnere „Laden links“ (Nr. 25 Pf.)
beim Verlag J. H. W. Dietz Nachf.,
Berlin SW 68, Lindenstraße 3, bei den
Zeitungsboten od. durch ein Buchhändler.

Volkswacht-Buchhandlung, Breslau,
Neue Graupenstraße 5 und Neue Taschenstraße 11.

Stellung und Verdienst
Jeder Person jeden Standes an allen Orten durch Uebernahme der Agentur bekannter Versicherungs-Aktien-Gesellschaft welche alle Branchen betreibt. Bei entsprechender Befähigung keine Anfechtung gegen Gehalt und Spesen. Offert. mit 2 Pf. an die Expedition dieser Zeitung.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 23. Juni.

Zur Elternbeitragswahl am 27. Juni.

Bestehende Bestimmungen für die Elternbeiträge an den preussischen Schulen. (Beachten und aufbewahren!)

Allgemeines: In jeder Schule wird ein Elternbeirat gebildet. Er soll der Förderung und Vertiefung der Beziehungen zwischen Schule und Haus dienen...

Zusammenstellung und Wahl: Der Elternbeirat setzt sich nur aus Vertretern der Elternschaft zusammen. Der Leiter der Schule und die Mitglieder des Lehrerkollegiums nehmen in der Regel an den Sitzungen des Elternbeirats teil...

Tagungen: Der Vorsitzende beruft den Elternbeirat nach Bedarf, mindestens aber einmal im Halbjahr. Außerordentliche Sitzungen müssen auf Antrag der Lehrerkonferenz der Schule oder eines Drittels der Beiratsmitglieder stattfinden...

Zuständigkeit: Die Tätigkeit des Elternbeirats ist beratender Natur. Sie erstreckt sich auf Wünsche und Anregungen des Elternkreises, die sich auf den Schulbetrieb, die Schulgelder und die körperliche, geistige und sittliche Ausbildung der Kinder beziehen...

Soll bei schwerwiegenden Verfehlungen gegen einen Schüler (Schülerin) die Verweisung von der Schule ausgesprochen werden, die ihm das Fortkommen erheblich erschweren oder ihn in den Augen der Allgemeinheit herabsetzen würde, so ist mit Zustimmung der Eltern des Schülers der Elternbeirat vorher zu hören...

Der Elternbeirat beruft in Verbindung mit dem Lehrkörper Gesamtelternversammlungen ein, um wichtige Fragen durch Vorträge und Aussprache klarzustellen.

Die Polizei und die Jugend.

Die Zusammenkünfte zwischen Polizei und Arbeiterjugend am Sonntagabend waren gestern Gegenstand einer Versammlung der Arbeiterjugend im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Auch viele Eltern nahmen daran teil. Aus den Verhandlungen geht hervor, daß die Jugendlichen von einem Verbot der Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel noch nichts gewußt haben...

Das Vorgehen der Polizei hat unter der Bevölkerung große Erregung ausgelöst. Möglich, daß auch Provokationen aufgetreten sind, doch daran haben die Jugendlichen keine Schuld. Das Uebelkommando bestand nicht aus Breslauer, sondern aus auswärtigen Beamten. Sie scheinen auch durch andere Vorfälle nervös gewesen zu sein...

Die am 22. Juni tagende Versammlung der Breslauer Arbeiter- und Gewerkschaftsjugend und deren Eltern steht nach mehrfacher Nachprüfung der Ereignisse zwischen den jugendlichen Demonstranten und der Polizei vom 19. Juni in der Obhut der Kommandos, in dem Verhalten der Polizeiorgane provokatorische Uebergriffe, die in gar keinem Verhältnis zu dem Zweck und Umfang der Demonstration stehen...

Sie protestiert deshalb aufs schärfste gegen die Beschränkung verfassungsmäßiger Rechte und erwarbt von der Landtagsfraktion der SPD, sowie vom zuständigen Minister, daß die schlagfertigen Polizeiorgane zur Verantwortung gezogen werden.

Zur Inkassierung Breslauer Wohnmittel

haben die städtischen Körperschaften wiederum Mittel bereit gestellt. Nach den Erfahrungen in den Vorjahren wird die Bewilligung dieser Mittel gerade von solchen Hausbesitzern mitunter verweigert, die zu den Leistungsschuldnern gehören. Da zur Behebung der Arbeitslosigkeit und zur Belebung des Baugewerbes eine baldige Verteilung der Mittel wirtschaftlich geboten ist, ersucht es sich, daß die beteiligten Hausbesitzer ungehindert ihre Anträge stellen, bevor der verfallene Betrag erloschen ist...

werden auch die Antragsvordrucke und auf besonderen Wunsch Abdrucke der allgemeinen Bestimmungen ausgegeben. Dem Antrag sind außer der Dringlichkeitsbescheinigung der Baupolizeiverwaltung Kostenanschläge beizufügen.

Parteilosenoffnen! Parteilosenoffnen!

Donnerstag, den 24. Juni 1926 abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses

Wichtige Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: „Die Lehren aus dem Volksentscheid.“ Referent: Genosse Karl Dieck.

Genossen! Nach der Schlacht muß es auch für uns heißen: Schließt die Reihen fester, es gibt nur ein „Weiter vorwärts!“ Wer es ernst nimmt mit seiner Parteipflicht, muß erscheinen.

Niemand darf fehlen! Parteimitgliedsbuch oder Karte ist an der Türkontrolle vorzulegen.

Republikaner!

Küßte zur 2. Gegründungsfeier des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“

In den Tagen vom 25. bis 27. Juni. Festplaketten, die zur Teilnahme an allen Veranstaltungen berechtigen, sind zum Preise von 50 Pf. im Büro des Reichsbanners, hier, Herrenstraße 25, Hof links, 1. Etage, und in den Büros des Konsumvereins „Vorwärts“ zu haben.

Karten für reservierte Sitzplätze, zum Festakt im Messehof, am 27. Juni, sind für 1 Mark, gleichfalls im Büro, Herrenstraße, erhältlich. Fahnen heraus!

Die Geseitung.

Das „Mißverständnis“ im Rundfunk.

In der Montag-Nummer unseres Blattes vom 21. Juni monierten wir die unverschämte Bemerkung eines Rundfunkanlegers, der am Abstimmungs-Sonntag bei Befanntgabe eingetragener Abstimmungsergebnisse mit offenbarem Vergnügen die Reichsfarben als Schwarz-Rot-Gold bezeichnete und auch bei der Wiederholung von Zwischenfällen sich anscheinend einer „Objektivität“ befleißigte, die im Rundfunk kaum am Platze sein dürfte. So etwa sprach er von den Zusammenstößen in Halle, wo die Kommunisten gegen Stahlhelmer mit Maschinengewehren vorgegangen sein sollten, wobei die ersteren merkwürdigerweise Tote und Verletzte hatten. Im offiziellen Bericht über diese Zusammenstöße steht von Maschinengewehren kein Wort. Der Wortsinn war dem Anleger aber gerade gut genug für den Breslauer Rundfunk.

Am Montag hat nun der betreffende Anleger seine Unverschämtheit korrigiert und es als ein Mißverständnis bezeichnet, da er von schwarz-rot-gelben Farben sprach. Solche Ausreden sind mehr als schlecht. Uns scheint, es ist ein Mißverständnis der Rundfunkleitung, die es duldet, daß dort ein Herr sitzen kann, der die Hörer in dieser Weise — wie vorgekommen — zu verhöhnen sich erlauben darf.

Arbeitslosigkeit und Invalidenversicherung.

Eine wichtige Verordnung für die Erwerbslosen hat die Regierung des Freistaates Sachsen (nicht Preußen) erlassen, die folgenden Wortlaut hat:

Aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge sind die Erwerbslosen gegen Invalidität und Alter nicht pflichtversichert und können auch freiwillig nicht versichert werden. Dagegen ist der Vorsitzende des öffentlichen Arbeitsnachweises der erwerbslosen Unterstützungsberechtigten verpflichtet, nachzuprüfen, ob die Gefahr besteht, daß die Anwartschaft für die Invalidenversicherung verloren geht. Er hat, wenn diese Beforgnis besteht, rechtzeitig beim zuständigen Fürsorgeverband anzuregen, daß aus Fürsorgemitteln die zur Erhaltung der Anwartschaft erforderliche Anzahl von Beitragsmarken verwendet wird. Den Fürsorgeverbänden wird empfohlen, eine entsprechende Fürsorge für Erwerbslose einzurichten. Da es sich hierbei immer um die Behebung einer Notlage handelt, ist eine unzulässige Uebersteigerung der Unterstützungssätze der Erwerbslosen in einer solchen Hilfsmaßnahme nicht zu erblicken.

Preußen scheint nicht so schnell bereit zu sein, den Erwerbslosen die erworbenen Rechte aus der Invalidenversicherung zu sichern. Es muß nun Sache der einzelnen Bezirksfürsorgeverbände sein, auch ihrerseits das Interesse an der Sozialversicherung zu bekunden, wenn sie nach der oben erwähnten Verordnung handeln, ohne erst die Anweisung vom Reichsarbeitsministerium abzuwarten.

Man war doch im Kriege bereit, die erworbenen Rechte der Sozialversicherung während dieser Zeit als aufrecht erhalten zu betrachten, ebenso muß man auch die Folgen des Krieges, die große Arbeitslosigkeit, mit in Betracht ziehen und als Erlasszeit gelten lassen. Da dies aber nicht vorgesehen ist, es Pflicht der Fürsorge, heftend eingzugreifen.

Die Polizei — regelt den Verkehr.

Aus dem Oberort kommt wieder einmal folgender alte Klagenzettel:

Die strigten Gewitter mit starkem Regenguß haben wiederum viel Schaden und Verkehrsstörungen angerichtet. So zum Beispiel bei der Eisenbahnunterführung der Trebnitzer Straße, wo die langdauernden Regenmassen von beiden Richtungen unter der Brücke zusammenfließen und das Wasser zum Stehen kam. Die tiefste Stelle des Wassers betrug einen halben Meter. Die Polizeiorgane wiesen den Fußwegverkehr in Richtung von und nach Rosenthal, die den kleinen See nicht passieren wollten, bei der Kleinbahnunterführung in Richtung Großscheldau. Hier hatte das Wasser besser ablaufen können. Der Fußverkehr bei der Unterführung an der Trebnitzer Straße war nach dem Regen schwächer. Die Passanten, die durch den starken Regen untergetreten waren, konnten nur den einen hochgelegten Bürgersteig benutzen, so gab es mitunter eine Wurstreihe, in dieser Richtung nur für zwei Personen breit ist und das Kreuzen der Passanten (solche Arbeiter mit Fahradern) dadurch erschwert wurde. Hier hat das „Rechtsgewehr“ nichts. — Für solche Verkehrsstörungen ist nur

einzig der Magistrat verantwortlich. Hier konnte der Magistrat im Verein mit dem Eisenbahnbetrieb schon längst für Höherlegung der Straße, sowie der Eisenbahnbrücke Sorge getragen haben. Beweise für Verkehrsstörungen durch Wasser an dieser Stelle dürften dem Magistrat doch in zahlreichen Fällen noch bekannt sein. Hier bietet sich für diese Arbeitslose längere Beschäftigung durch sofortige Beseitigung des Hindernisses.

Der Johannistag auf dem Breslauer Johannistag.

Die Unternehmerr des Johannistages haben es sich zur Aufgabe gestellt, diese Veranstaltung zu einem Volksfest im besten Sinne des Wortes zu machen. Wie jedes Dorf der schlesischen Heimat, sei es zur Armes oder zum Namenstage seines Schutzheiligen, John „Jest“ hat, so hat nun auch Breslau sein Johannistag am Tages seines Schutzpatrons in einem Rahmen, der der schlesischen Hauptstadt angemessen ist. Donnerstag, den 24. Juni, wird der Klub Reiterverein um 6 und um 8 Uhr mit seinen Damen und Herren je eine Reiter-Quadrille in historischer Uniform vorführen. In der Zwischenzeit wird die kühne Wilkoin Frau Elvira Wilkoin ihre acrobatischen Künste im Freidivision zeigen, die täglich bei tausenden den stärksten Anhang und die größte Beachtung finden.

Der heutige Johannistag wird seinen Höhepunkt in einem von der Firma Struss A.G., Wien, durchgeführten Brillant-Feuerwerk finden, wie es bisher nur einmal in Breslau, und zwar in der Kadettenbahn im vorigen Jahre, bei hohen Eintrittspreisen gezeigt wurde. Die Wiener, die in allen Städten des Kontinents bisher die größten Erfolge auf pyrotechnischem Gebiete zu verzeichnen hatten, werden nun der schlesischen Bevölkerung ein Feuerwerk zeigen, das alle die technischen Neuerungen, die im letzten Jahre von der bekannten Firma eingeführt wurden, enthält. Ganz besonders hervorzuheben sind aus der Fülle der pyrotechnischen Darbietungen, die die herrlichsten Licht- und Farbeneffekte hervorgerufen werden, die große Niagara-Kabelfront, die Schwäne, ein Riesendampfer, ein Riesen-Niagarafall, ein Luftbombardement und die vollkommen neuen Wunder-Riesendornen, die als besondere Spezialerfindung bisher unbekannt in der Welt sind.

Außerdem findet am Johannistage noch eine Filmaufnahme statt, die den Festplatz und seine Besucher im Sinne festhalten wird. Der Film wird am Sonntag und Montag auf dem Festplatz vorgeführt.

Eine Falschmünzwerkstatt in Breslau.

In der Promnitzstraße wurde eine Falschmünzwerkstatt ermittelt und ausgehoben. Die Täter, ein Maurer B., seine beiden Söhne und ein Bader K., sind festgenommen und in Untersuchungshaft gebracht worden. Die Festgenommenen haben falsche Dreimarstücke hergestellt und in Schweißing, am Oberort und der Frankfurter Straße und ihren Nebenstraßen verbreitet. Sie suchten kurz vor Geschäftsschluss kleinere Geschäfte, machten kleine Einkäufe und gaben die falschen Stücke in Zahlung. In einigen Fällen ist es gelungen, die Falschstücke abzulösen, in anderen wurde die Falschung sofort erkannt und das Falschmünzwerkzeug zurückgewiesen.

Im Zusammenhang mit der Falschmünzerei wurden vertriebenlich auch Thermometer gestohlen. Die Geschädigten werden gebeten, ihre Anschrift der Kriminalpolizei, Schußbrücke 46, Zimmer 3, mitzuteilen. Ebenso werden auch die Geschäftsinhaber, die falsche Dreimarstücke eingekommen oder zurückgewiesen haben, gebeten, der Kriminalpolizei Mitteilung zu machen.

Das Falschmünzern kann nur erfolgreich bekämpft und das Publikum vor Schäden bewahrt werden, wenn dem Geldverkehr erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet wird. Grundfalsch ist es, wenn die Falschstücke einfach zurückgewiesen werden. Es ist durchaus notwendig, daß das Falschmünzwerkzeug und der Besitzer sofort dem nächsten Polizeibeamten übergeben werden.

Merzliche Beschneidung.

Herr Paul Straße, geboren am 30. Mai 1890, wohnhaft in Breslau, Luisenstraße 6, II, kam am 15. Juni 1926 gegen 7 1/2 Uhr abends zu mir.

Befund: Oben auf dem behaarten Schädel etwa sechs blutbefleckte Schründen, fünf bis zehn Zentimeter lang, die meist oberflächlich, nur zwei von ihnen etwas tiefer die Haut durchgehend. Ferner zwei mächtig tiefe Hautwunden von einem halben Zentimeter Durchmesser, ebenfalls oben auf dem Kopf. Auf rechter Stirnhälfte eine Wunde von fünf Zentimeter Durchmesser, mächtig erhaben, in ihrer Mitte oberflächlich eine zentimeterlange Hautwunde. An der rechten Wange und am Hals einige oberflächliche Kratzwunden. An der linken Seite der Unterlippe eine kleinere Verletzung. Linke Oberlippenhälfte geschwollen. Blutung aus dem rechten Nasenloch.

Subjektive Angaben: Druckempfindlichkeit des linken Unterkieferastes, der Magengrube, des linken Daumenballens, Bewegung des Daumens schmerzhaft. Kopfschmerzen. Zahnersatzstück in zwei Teile gebrochen.

Auf dem Nachhausewege vom Arzt auf der Straße angeblich Sturz infolge Ohnmache.

Am 18. Juni 1926 Schmerzen am rechten Unterkieferwinkel, an der Halsmuskulatur.

Am 19. Juni 1926 Schmerzen in der Magengrube.

Am 21. Juni 1926 angeblich noch Schmerzen auf dem Schädeldach.

Erwerbsunfähigkeit bestand ab 15. Juni 1926.

Herr Straße gibt an, daß er am 15. Juni, abends gegen 7 Uhr, von zwei Männern über sein Dachstuhl geworfen wurde, zu Boden fiel, daß die beiden Männer auf ihm krieten, der eine ihn auf den Kopf schlug, der dabei einen Schlagring benutzte, während der andere ihn am Hals würgte.

Die beschriebenen Verletzungen und Angaben stehen mit einander im Einklang. gez. Dr. Albert Kubier.

Es wird die Leser nun sicher interessieren, auch die Täter kennen zu lernen. Es sind dies der städtische Hauswirt Gustav Goley, Luisenstraße 6 und sein Sohn Herbert Goley, die so mit Meiern ihres Hauses verfahren, deren politische Gesinnung ihnen nicht gefällt.



Kein vorzügliches Verschulden.

Ein Kaufmann wandte sich an das Gewerbeamt, das ihm...

Wohnungsnot und Kirchenbau.

Trotz der schweren Wohnungsnot in der gegenwärtigen Zeit...

Zunächst muß gesagt werden, daß ein staatlicher Zweckbau...

Vertikung. Im Stimmbezirk 318 ist die Ja-Stimmenzahl...

Man braucht im Wartesaal nichts zu verzehren. Viele...

Auf Bahnhöfen nicht mehr! Immer wieder kann man beobachten...

Wissenschaftliche Gesellschaft für vaterländische Kultur. (Philosophische...

Wetterverhältnisse auf Friedhöfen. Das anhaltende Regenwetter...

Der Blitz fuhr gestern nachmittags dicht an der Bahnbahn...

Ertrunken ist am 18. Juni, mittags 12 Uhr, in der Ober...

Rituelle. Am 7. d. Mts. wurde am Wassertrastwerf...

Theater.

Spiel der Faust-Vertrauensspiele.

Der Sturm.

Shakespeares „Sturm“ ist keineswegs festgefahrener dramatischer...

Es geht um andere Dinge, für die wir heutigen so gut wie gar kein...

Die ganze Geschichte ist doch ein Stück weit ein Stück...

In einer Nebenrolle in diesem „Sturm“ spielt eine Rolle...

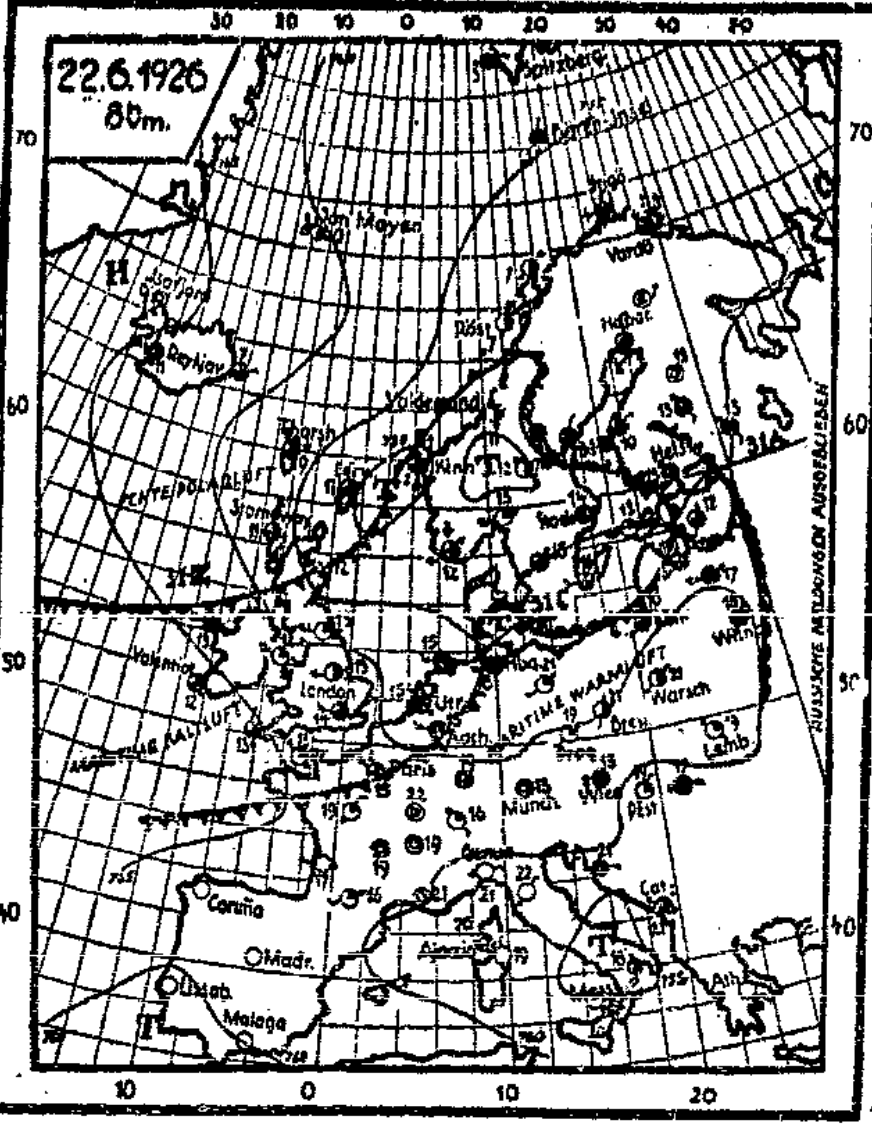
Wir wissen, daß die Shakespeare-Werke durch Tausende...

Auch ein Volkswahlrecht!

Wann?

Am 27. Juni 1926

Elternbeiratswahl!



Amlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums...

Hinter der Störungslinie 310 folgten kühlere maritime Luftmassen...

Lege Wetternachrichten.

Table with columns: Datum, Temperatur (best, Max, Min), Wetter, Wind, Niederschlag, etc.

unmöglich, zumal man das An- und Zulassen der Schauspielers bis...

Wo die Zuschauerzahl, die sich christlich genug bin, nicht ver...

Der Gemeindevorstand blieb lau. Wogu einzelne Namen nennen...

Eingelandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlicht die Redaktion...

Kundendienst und Bahnfahrten.

In Ermahnung Ihres heutigen Artikels „Schwarz-Rot-Gold im...

In den Kreisen republikanischer Kundendienstler hat die...

Wir sind überzeugt, daß die Kundendienstler, die die...

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftsbund, Zimmer 36

Sämtliche Inhaber von Sammelkarten werden ersucht...

Die Tagespartei und Umkleekalender sind sofort...

Die Bezirksleiter! Heute, Mittwoch, 23. Juni...

Von den Bezirksleitern 8, 5, 12, 16, 25, 31, 38, 41, 48...

District 17. Sonnabend, den 20. Juni, findet unser Sommer...

District 20. Freitag, den 25. Juni, abends 8 Uhr...

Jungsozialisten. Heute abend, 8 Uhr, im Zimmer 25...

Arbeiterjugend. Wir treffen uns ausnahmsweise diesen Donner...

Die Hans-Sachs-Spieler für Striegau treffen sich heute...

Seime 1 und 2. Unter Abend auf der Wiese fällt heute aus...

Seime 3. Mittwoch, Abendpausengang. Wir treffen uns um...

Seime 4. Wir haben heute unsere Mitgliedsversammlung...

Seime 5. Heute abend, pünktlich 7 Uhr, am Heim, Fürsten...

Gruppe 4 (Mittwoch). Wir treffen uns alle, mit Eltern...

Mittung, Jugend-Samariter! Donnerstag, den 24. Juni, abends 8 Uhr...

Arbeiter-Sport. Schwimmverein „Bojeidon“, e. V. Donnerstag, den 24. Juni...

Leistungswettbewerb im Leben und Ringen in Leben...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Leistungswettbewerb. Die Naturfreunde. Wien fahrt...

Gewerlichkeitsbewegung.

Der Weltwanderungstongress.

Sondun, 22. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der erste Verhandlungstag des Weltwanderungstongresses wurde durch eine Rede des holländischen Vorsitzenden des Internationalen Gewerlichkeitsbundes, Meriens, eröffnet. Er wies auf die völlige Veränderung hin, die das Wanderungsproblem seit dem Krieg erfahren habe und die in der Tatsache zum Ausdruck komme, daß nicht nur 17 europäische, sondern auch 8 außereuropäische Länder auf dem Kongress vertreten seien. Meriens entwarf dann ein Bild der mannigfachen Schwierigkeiten, die sich einer Lösung des Auswanderungsproblems entgegenstellten.

In einer großangelegten Rede begrüßte dann der Sekretär des I.G.B., Brown, den Kongress und verwies darauf, daß zum erstenmal die Fragen der Wanderung zum ausschließlichen Gegenstand eines Kongresses der Arbeiterbewegung gemacht worden seien und zum erstenmal Auswanderungs- und Einwanderungsländer gemeinsam vertreten seien. Brown hob die vielfachen gegenseitigen Interessen dieser beiden Ländergruppen hervor. Die Auswanderungsbewegung, so stellte er fest, hat das Angesicht der Welt mehr verändert als alle politischen Erhebungen, von denen die Weltgeschichte voll ist. Brown zeichnete dann die großen außereuropäischen Wanderungsbewegungen, die zurzeit vor sich gehen: die gigantische Bewegung von Chinesen nach Sibirien, der Mandchurie und Mongolei, eine große indische Wanderung nach dem Südozean und die große Wanderungsbewegung der afrikanischen Eingeborenen nach den großen landwirtschaftlichen und Bergbauzentren. Nachdem Brown die neue Nachkriegsperiode der Wanderungspolitik für die die Einschränkungen charakteristisch seien, umrissen und auf die Notwendigkeit des Schutzes der Einwanderer hingewiesen hatte, unterstrich er die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit in der Wanderungsfrage. Voraussetzung sei, daß sie sich nicht gegen die Arbeiterchaft lehre, sondern daß in allen künftigen Stellen Arbeiter vertreten seien. Am Schluß wies Brown noch auf die Möglichkeit hin, daß das Wanderungsproblem die Ursache künftiger kriegerischer Verwicklungen werden könne und durch internationale Zusammenarbeit diese Gefahr verhindert werden müsse. Die Vornitagsagung wurde im übrigen durch Begrüßungsreden des Vorsitzenden der britischen Gewerlichkeitsparteien, Hugh, und des Vertreters der Gewerlichkeitspartei, Robinson, ausgedehnt.

Die Nachmittagsagung eröffnete der Generalsekretär des französischen Gewerlichkeitsbundes, Jouhaux, mit seinem Referat über die Regelung der Wanderung. Er wies zunächst darauf hin, daß das Wanderungsproblem neben der Rohstofffrage und dem Problem der Freiheit des Güterverkehrs das dritte große Problem sei, vor dessen Lösung die Welt gestellt ist. Der Friede der Welt hänge von einer rechtzeitigen Lösung ab. Jouhaux wandte sich dann gegen die Schaffung besonderer gewerlichkeitslicher Organisationen für die eingewanderten Arbeiter in den Einwanderungsländern und sprach sich für die Eingliederung der eingewanderten Arbeiter in die bestehenden Landesorganisationen aus. Die Schwierigkeiten, mit denen dabei zu rechnen sei, gingen aus der Tatsache hervor, daß von drei Millionen ausländischer Arbeiter, die in Frankreich gegenwärtig beruflich tätig sind, lediglich 15 000 gewerlichkeitsmäßig organisiert seien. Besondere gewerlichkeitsliche Organisationen von Einwanderern brachten die Gefahr der künstlichen Schaffung nationaler Minderheiten. Auf die internationale Seite des Problems eingehend, forderte Jouhaux, daß neben Landeswanderungsämtern, in denen die Gewerlichkeitsparteien vertreten sein müßten, ein internationales Wanderungsamt zu schaffen sei, das in den Rahmen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf eingegliedert werden müßte, damit, abgesehen von anderen Gründen, die Gewerlichkeitsparteien nicht in der Lage seien, eine solche Organisation aus eigenen Mitteln zu unterhalten.

Hierauf ergriff Knoll-Berlin das Wort zu dem Referat „Schutz der Einwanderer“. Er hob hervor, daß die Krise ihre tiefste Ursache in den politischen Vorgängen der Friedensverträge habe, die zur Zerstückelung einheitlicher Wirtschaftsgebiete führten.

Metallarbeiter, denkt daran!

Der Delegiertenwahl zum Bremer Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die am Sonntag stattfindet, kommt, darüber darf kein organisierter Metallarbeiter im Zweifel sein, eine ganz besondere Bedeutung zu. Weit über den eigenen Verband hinaus wird die gesamte Arbeiterchaft — nicht nur die freigewerlichkeitsmäßig organisierten, sondern auch die Mitglieder der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerlichkeitsparteien — dem Verlauf und dem Ergebnis dieser Wahl, von der die Zusammensetzung des Verbandstages abhängt, ihr Augenmerk schenken. Vor allem trifft das natürlich auf die dem D.M.A. angeschlossenen Verbände zu, deren Generalversammlungen bereits in den letzten Monaten nach akkumulierten gewerlichkeitslichen Grundfragen verlaufen sind. Auch die Beratungen des Bremer Verbandstages müssen von dem gleichen Geiste geleitet sein.

Leider zielen bestimmte Bestrebungen darauf hin, von der Generalversammlung des D.M.A. die Delegierten der Amsterdamer Gewerlichkeitsrichtung möglichst zu verdrängen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß gerade dieser Verbandstag in Anbetracht der Lage der Metallarbeiterchaft nach außen hin das Bild gewerlichkeitslicher Einheit und Geschlossenheit innerhalb des Verbandes geben muß, um die Hoffnungen aller Gegner der freien Gewerlichkeitsparteien, vor allem des Unternehmertums, auf eine weitere Zersplitterung der Gewerlichkeitsbewegung und eine Vermehrung der indifferenten Arbeiter, zu verhindern zu lassen.

Die Unternehmer sind in ihren Zielen und Bestrebungen vollständig einig, ganz besonders, wenn es gegen die Arbeiterchaft und deren Organisationen geht. Politische und sonstige Meinungsverschiedenheiten werden im Lager des Unternehmertums nicht als Hindernis angesehen, um die Stokkraft gegen die Arbeiterchaft nicht durch Uneinigkeit zu schwächen. In dieser Richtung müssen nicht zuletzt die Metallarbeiter vom Gegner lernen. Aus diesem Grunde ist aber auch im eigenen Interesse der Mitglieder des D.M.A. eine den gewerlichkeitslichen Grundfragen entsprechende Zusammenlegung des Metallarbeiterverbandstages dringend geboten; sie müßte für jeden denkenden Arbeiter eine Selbstverständlichkeit sein.

Den Beratungsgegenständen des Verbandstages kommt die allergrößte Bedeutung zu. Da handelt es sich zunächst darum, Mittel und Wege zu finden, um die wirtschaftliche Krise zu beheben oder doch zu mildern; ferner um die Durchsührung von Lohnkämpfen, die Abwehr von Verschlechterungsmaßnahmen der Unternehmer und die Durchsührung sozialpolitischer Forderungen. Alle diese Probleme können einer günstigen Lösung nur entgegengeführt werden, wenn von der Metallarbeiterchaft Männer berufen werden, die diesen Aufgaben auch gewachsen sind. Eine solche Gewähr bieten aber nur die Kandidaten der Amsterdamer Gewerlichkeitsrichtung.

Darum ermahnen wir die organisierten Metallarbeiter am Sonntag nicht nur selbst ihr Wahlrecht zugunsten der Amsterdamer Richtung auszuüben, sondern die Arbeitsgenossen zu veranlassen, ebenfalls ihrer Wahlpflicht zu genügen und den Kandidaten der Amsterdamer Liste ihre Stimme zu geben. Auch die übrigen Parteigenossen müssen auf die Mitglieder des D.M.A. für eine solche Stimmabgabe aufzureden einwirken. Geht es um das, was die sichere Gewähr dafür gegeben, daß der Bremer Verbandstag die Bedeutung erhält, die ihm im Interesse der Mitglieder und ihrer Zukunft als Arbeiterchaft zusammen muß. Die Kandidaten der Amsterdamer Gewerlichkeitsrichtung müssen eine solche gewaltige Stimmzahl erhalten, daß alle Verschlechterungsbestrebungen innerhalb der Gewerlichkeitsparteien und besonders des D.M.A. in Zukunft unmöglich sind. Jeder denkende und organisierte Metallarbeiter muß deshalb am Sonntag keine Wahl und wähle die Amsterdamer Verbandstagskandidaten!

Dienstliche Überlastung der Lokomotivführer.

Der erweiterte Hauptvorstand der Gewerlichkeitspartei Deutscher Lokomotivführer fasste in seiner letzten Sitzung folgende Entschlüsse:

Die vom 8.—10. Juni 1926 in Hamburg tagende Sitzung des erweiterten Hauptvorstandes der Gewerlichkeitspartei Deutscher Lokomotivführer beschäftigte sich erneut mit den Beschwerden über die Dienst- und Auszeiten des Lokomotivpersonals. Er kommt nach den vorgetragenen Berichten der Bezirks- und Landesverbände, daß die dienstliche Belastung des Lokomotivpersonals weit über diejenigen Grenzen hinausgeht, die zur Sicherung des Betriebes und zur Erhaltung der Dienstfähigkeit des Lokomotivpersonals notwendig ist.

Angehängte der weiteren, durch die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft getroffenen Maßnahmen hinsichtlich der Sparwirtschaft beim Lokomotivpersonal, der Verkürzung der Ruhe- und der unzureichenden Beschleunigung der Lokomotiven kann die Schuld an einem Eisenbahnunfall einzelnen Personen nicht zugeschrieben werden. Der erweiterte Hauptvorstand protestiert deshalb aufs schärfste gegen die weitere Inhabhaltung des Lokomotivführers Aubele von Koblenz; dieser soll den Unfall in München-Ost verschuldet haben, ohne daß für diese Behauptung der geringste Beweis vorliegt.

Der erweiterte Hauptvorstand bringt ferner zum Ausdruck, daß es durchaus im Interesse des Eisenbahnbetriebes und des reisenden Publikums liegt und gelegen hätte, wenn die von der Gewerlichkeitspartei Deutscher Lokomotivführer vorgetragenen Vorschläge eine bessere und der Schwereität des Eisenbahnbetriebes entsprechende Beachtung gefunden hätten. Die Gewerlichkeitspartei hält es für eine zwingende Notwendigkeit, daß ihre Anregungen die erforderliche Beachtung von Seiten der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft erfahren. Der Vorstand. Böttcher.

Besondere Arbeitsgerichtsbehörden beschlossen

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags hat die grundsätzliche Abstimmung über § 1 vorgenommen und dabei den Antrag der Rechtsparteien auf Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentlichen Gerichte abgelehnt. Die angenommene und grundlegende Fassung lautet:

Die Gerichtsbarkeit in Arbeitsachen liegt den Arbeitsgerichtsbehörden ob.

In der weiteren Beratung über die fachliche Zuständigkeit der Arbeitsgerichte begründete Genosse Aufhäuser eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen, die die Sozialdemokratische Fraktion gestützt hat, und die zum großen Teil auch die Zustimmung der Mehrheit des Ausschusses fanden. So wurde beschlossen, daß die Arbeitsgerichte nicht nur für Rechtsstreitigkeiten aus Tarifverträgen, sondern auch für solche über das Bestehen oder Nichtbestehen von Tarifverträgen zuständig sind. Eine solche Bestimmung war vor allem notwendig, nachdem die Arbeitgeberverbände neuerdings immer mehr dazu übergehen, sich durch Satzungsänderungen selbst tarifunfähig zu machen. Ebenfalls angenommen wurde der sozialdemokratische Antrag, wonach die Arbeitsgerichte nicht nur für Rechtsstreitigkeiten aus einem Arbeits- oder Lehrverhältnis, sondern auch bei dessen Nachwirkungen (Einstellungserteilung usw.) zuständig sind. Dem Antrag, die Zuständigkeitsgrenzen in die Arbeitsgerichte einzubeziehen, stimmte der Ausschuss ebenfalls zu. Dagegen fand der Antrag auf Einbeziehung der Seeleute bei den bürgerlichen Parteien leider keine Mehrheit. Der Ausschuss nahm weiter einen sozialdemokratischen Antrag an, wonach Streitigkeiten aus unerlaubten Handlungen, die zwar nicht den Arbeitsvertrag betreffen, aber mit dem Arbeitsverhältnis im Zusammenhang stehen, vor die Arbeitsgerichte gehören. Genosse Aufhäuser wies zur Begründung vor allem darauf hin, daß Vergehen von Unternehmern gegen ihre weiblichen Angestellten auf Grund des bestehenden sozialen Abhängigkeitsverhältnisses von den Arbeitsgerichten unter Mitwirkung weiblicher Laienmitglieder abgeurteilt werden müssen. Schließlich wurden die Arbeitsgerichte auch für Rechtsstreitigkeiten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände gegenüber ihren Mitgliedern als zuständig erklärt. Ein sozialdemokratischer Antrag, auch die Rechtsstreitigkeiten der Beamten aus ihrem Dienstverhältnis vor die Arbeitsgerichte zu bringen, wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Wirtschaft.

Der deutsche Außenhandel im Mai.

Der deutsche Außenhandel unterlag im Monat Mai nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes folgender Entwicklung:

	April 1926	April 1926
	(in 1000 Reichsmark)	(Gegenwartswerte)
Einfuhr, insgesamt	706 528	728 978
Darvon sind:		
Lebende Tiere	8 551	8 089
Lebensmittel und Getränke	282 176	267 601
Rohstoffe und Halbfertigwaren	324 499	537 022
Fertigwaren	87 594	90 393
Gold und Silber	9 788	5 888

Ausfuhr, insgesamt	751 490	751 593
Darvon sind:		
Lebende Tiere	945	726
Lebensmittel und Getränke	25 532	28 326
Rohstoffe und Halbfertigwaren	155 141	152 902
Fertigwaren	547 958	597 354
Gold und Silber	1 909	2 387

Demnach hat sich im Monat Mai der Ausfuhr-Überschuß (Aktivsaldo) im reinen Warenverkehr von 56 Millionen Mark im Monat April auf 27 Millionen Mark geholt. Die deutsche Außenhandelsbilanz wurde im Dezember 1925 mit 36 Millionen Mark aktiv. Die Aktivität steigerte sich dann im Januar 1926 auf 87 Millionen Mark, im Februar auf 121 und im März auf 278 Millionen Mark. Im April erfolgte der Absturz. Er hat sich auch im Monat Mai fortgesetzt und ist zweifellos nicht eine vorübergehende Erscheinung, sondern von grundsätzlicher Bedeutung.

Die reine Wareneinfuhr hat sich gegenüber dem Monat April um 20 Millionen Mark geholt. Dabei ist von Bedeutung, daß die Rohstoffeinfuhr eine Senkung von fast 33 Millionen erfahren hat. Die Einfuhr an Lebensmitteln nahm um fast 15 Millionen zu. Während sich die reine Wareneinfuhr nur um 20 Millionen reduzierte, sank die reine Wareneinfuhr um 49,7 Millionen Mark. Daraus ist die Fertigungsausfuhr allein mit 49,4 Millionen Mark beteiligt.

Im einzelnen ist zu bemerken, daß die Textilrohstoffeinfuhr, im Zeichen der seitigen Krise in der deutschen Textilindustrie, um 12,1 Millionen Mark abgenommen hat. Gestiegen ist die Einfuhr an Rohstoffen und Halbfertigwaren, jedoch ist die Steigerung um 2,2 Millionen nur als unwesentlich zu bezeichnen. Auf die vermehrte Einfuhr von Eisenerz, eine Folge der englischen Ausfuhrsperrung, entfallen allein 13,7 Millionen Mark.

Die G. m. b. H.

Unter den verschiedenen Gesellschaftsformen der kapitalistischen Unternehmungen erfreut sich in Deutschland die Gesellschaft mit beschränkter Haftung einer steigenden Beliebtheit. Sie ist eine leicht zu gründen und braucht nur eine verhältnismäßig kleine Beteiligung zu haben. Im Volksmunde hat diese Unternehmungsform wegen gewisser ihrer Eigenschaften, die häufig mit ihr verbunden waren, eine Umbenennung der alten Gesellschaften G. m. H. in „GmbH mit Vorkapital“ erlitten. Diese alten Gesellschaften haben während der Inflationszeit eine enorme Vermehrung erfahren. Lange Zeit ist die Beliebtheit dieser Gesellschaften durch den Rückgang des Aktienkapitals bei beschränkter Haftung nur 20 000 Mark zu betragen brauchte, obwohl die Marktkapitalisierung weiter anwuchs. Die schrittweise doch erheblichen Veränderungen dieser Gesellschaften haben eine Anpassung an die Inflation zur Folge gebracht. Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind nunmehr

die auch die Verhältnisse dieser Unternehmungsformen nach der Stabilisierung der Marktlage hätte normalisieren sollen. Ich es bei der Festlegung eines Mindestkapitals von 5000 Mark für neu zu gründende und von 800 Mark für bereits bestehende Gesellschaften bewandern. Es ist wohl durchweg in der Folge der Zustand eingetreten, daß der Umfang der wirtschaftlichen Betätigung dieser Gesellschaften und das Risiko das Kapitalien und Arbeiter und Angestellte durch die Verbindung mit ihnen eingetrennt, in einem krassen Mißverhältnis stand zu dem Gesellschaftskapital. Denn bei der G. m. b. H. hatte nicht, wie bei den persönlichen Unternehmungsformen, das Vermögen der Gesellschafter für die Verpflichtungen, sondern lediglich das eingetragene Gesellschaftskapital. Um diesem Mißverhältnis entgegenzuwirken, ist dem Reichstag jetzt der Entwurf eines Gesetzes eingegangen, durch das die Mindesthöhe des Mindestkapitals dieser Gesellschaften wieder vorgeschrieben werden soll. Leider muß festgestellt werden, daß nach dem Entwurf die bestehenden Gesellschaften mit ihren zum großen Teil ganz unzulänglichen für die Geschäftsführung gehaltenen Kapitalien ohne den Zwang weiterbestehen können, diese zu erhöhen.

Das Kohlegeschäft blüht!

Wie das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat verlauten läßt, haben infolge der Auswirkung des englischen Kohlenarbeitsstreiks die Kohlenvorräte im Ruhrgebiet eine Abnahme von ungefähr 800 bis 900 000 Tonnen erfahren. Die Halberbestände sind bis Mitte Juni um ungefähr 500 000 Tonnen vermindert, während die Vorräte in Waggonen und Ähren eine Abnahme von ungefähr 300 bis 400 000 Tonnen erfahren haben. Die Zahl der abgeschlossenen langfristigen Lieferungsverträge zeigt eine aufsteigende Linie. In den letzten Tagen sind neue, sehr erhebliche Abschlüsse für ausländische Rechnung erfolgt.

Also es ist ein ausgezeichnetes Geschäft, das die Kohlenhändler machen. Wir möchten einmal sehen, was sie trotzdem sagen würden, wenn die Bergarbeiter mit seit langem berechtigten Lohnforderungen kämen.

Hohe Inlands-, niedrige Ausfuhrpreise.

Ein bezeichnendes Merkmal für die Preispolitik der Schwerindustrie ist die durch Schutzzölle und Kartelle ermöglichte Hochhaltung der Preise im Inland gegenüber den Ausfuhrpreisen. Wie hoch der Abstand zwischen Inlandspreisen und Auslandspreisen ist, dafür zeugt folgende von der Rohstoffgemeinschaft veröffentlichte Zusammenstellung der Inlandspreise und der Weltmarktpreise, die von ihr in der Ausfuhr sogar vielfach unterschritten werden. Es kosten in Reichsmark:

	Weltmarktpreis	Inlandspreis
Rohblöcke	90	104
Vorgealgte Blöcke	92	111,50
Kruppel	95	119
Platten	98	124
Plattinen	98	134
Bleche	135	145

Der Zusammenschluß der ober-schlesischen Eisenindustrie.

In der gestern in Breslau abgehaltenen Generalversammlung der Linde-Hofmann-Lauchhammer-Werke wurde mitgeteilt, daß der neue ober-schlesische Montantrust auf Grund der Verhandlungen mit den Reichs- und Staatsbehörden am 1. Januar 1927 seine Tätigkeit aufnehmen wird. Wie wir hierzu erfahren, ist am Sonnabend der Vertrag über den Zusammenschluß ober-schlesischer Eisenhüttenwerke mit dem Sitz in Gleiwitz unter der Firma „Vereinigte ober-schlesische Hüttenwerke, A.G.“ abgeschlossen worden. Im Rahmen dieser Firma bleiben die Gesellschaften Oberbedarf und Donnersmarchhütte selbstständig bestehen, während die ober-schlesische Eisenindustrie, A.G., in die Linde-Hofmann-Lauchhammer-Werke, A.G., aufzugehen wird. Die Leitung der neuen Gesellschaft hat der Generaldirektor von Oberbedarf, Brenneke, als Vorsitzender des Vorstandes und der Generaldirektor der Ballastkrempele Werke, Pieler, als Vorsitzender des Aufsichtsrates. Das Aktienkapital beträgt 80 Millionen Mark und ist zu 50 Prozent von Oberbedarf (Linde-Hofmann-Lauchhammer) und zu je 25 Prozent von Oberbedarf und Donnersmarchhütte übernommen worden. Der Zusammenschluß soll den Zweck haben, die durch die Teilung Oberschlesiens und die dadurch erfolgte Zerstückelung der Werke der veränderten Verhältnisse anzupassen. Welche Betriebszweige stillzulegen und welche auszubauen sind, steht noch zur Erörterung. Der Zusammenschluß der Werke war, wie erinnerlich, erst möglich, nachdem die bei der preußischen Seehandlung bis zur Höhe von 40 Millionen Reichsmark aufgenommenen Kredite unter Mitwirkung des Reiches, Preußens und der interessierten Großbanken in langfristige Kredite mit günstigen Abzahlungsbedingungen umgewandelt worden waren.

Trotzdem wird es rationeller Betriebsführung und größerer Sparfähigkeit, nicht zuletzt in den personellen Ausgaben der Verwaltungen, bedürfen, um die neue Gesellschaft, die mit einer außerordentlich starken Vorbelastung ihre Tätigkeit aufnimmt, lebensfähig zu erhalten.

Ausländische Kapitalanlagen Europas und der Vereinigten Staaten.

England, Frankreich und Deutschland besaßen, wie aus einer Zusammenstellung in der „Frankfurter Zeitung“ hervorgeht, vor dem Kriege Guthaben im Ausland im Betrage von 130 bis 150 Milliarden Goldmark. Hieron entfielen auf England etwa 70 bis 80, auf Frankreich etwa 40 und auf Deutschland 25 bis 40 Milliarden. Diese Guthaben sind gewaltig zusammengeschrunken. Am wenigsten in England, dessen ausländische Anlagen immer noch etwa 80 bis 70 Milliarden betragen. Der französische Kapitalbesitz im Ausland ging infolge des Verlustes an russischen und türkischen Anlagen auf ein Drittel des Vorkriegswertes zurück, andere Schätzungen zufolge ist der Rückgang noch viel größer. Die deutschen Kapitalanlagen sind bis auf geringe Reste verloren gegangen. Ganz im Gegensatz zu dieser Entwicklung steht die amerikanische. Die Vereinigten Staaten, die vor dem Kriege Europa 12 bis 18 Goldmilliarden schuldeten, haben jetzt eine Forderung von etwa 65 Milliarden Mark. Die internationalen Kriegsschulden betragen etwa zehn Milliarden Dollar, deren gegenwärtiger Wert nach dem Schuldenabkommen etwa die Hälfte betragen dürfte. Sinau kommen private Forderungen im Betrage von etwa 10 Milliarden Dollar.

Ämtliche Devisenkurse der Berliner Börse

	20. Juni	100 im Voraus		11.71
1 Pfund Sterling	20,414	100 im Voraus		11,71
1 Dollar	4,135	100 im Voraus		12,47
100 holl. Gulden	165,85	100 im Voraus		31,22
100 belg. Francs	11,77	100 im Voraus		68,16
100 norw. Kronen	82,78	100 im Voraus		112,61
100 dän. Kronen	80,96	100 im Voraus		112,61
100 schw. Kronen	15,11	100 im Voraus		58,32
100 holl. Gulden	11,59	100 im Voraus		41,04

Sparen

Es ist eine gute Sache, wenn es am rechten Orte geschieht. Verwenden Sie doch auch Geilig's nach dem Vorbild. Sie sparen dann auf angenehme Art.

Aus Schlessien.

Die Injuranten gegen die oberschlesische Autonomie.

Der polnische Aufständischenverband hat in Katowitz am Sonntag seine Delegiertenversammlung abgehalten und dabei wieder einmal die notwendigen Maßnahmen zur Umgestaltung des polnischen Staates im Sinne der Injuranten erörtern. Die Minderheitenfrage wollen die Aufständischen in ihrem Sinne, d. h. also durch Anstiftung aller nichtpolnischen Nationalitäten im Staat, lösen. Für Oberschlesien haben sie jetzt ein neues Rezept gefunden: Die Aufhebung der Autonomie der Wojewodschaft, da sie nur zum Vorteil deutscher und anderer separatistischer Interessen diene. Sie fordern Erweiterung der Wojewodschaft durch Zuteilung von Kreisen der umliegenden Wojewodschaften und eine Aenderung der bisherigen polnischen Minderheitenpolitik in ihrem Sinne. Vor allem sollen unter keinen Umständen polnische Kinder zu den deutschen Minderheitsschulen zugelassen werden.

Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, die Aufständischen jetzt so sprechen zu hören, nachdem sie vor fünf Jahren für die Selbständigkeit ihrer Heimat gekämpft haben und während der ganzen Wahlkampagne immer wieder als ihr höchstes Ziel die Befreiung des oberschlesischen Gebietes von jedem fremden Einfluß angaben. Damals wollte man ein selbständiges oberschlesisches Eigenleben führen, jetzt sucht man Rat und Hilfe in Kongresspolen, nachdem sich herausgestellt hat, daß die polnischen Nationalisten doch nicht allein das Feld in Oberschlesien beherrschen und will sogar zur Erleichterung des Kampfes gegen die andersdenkenden oberschlesischen Mitbürger seine letzten Selbständigkeitsrechte opfern.

Strehlen. Einen Hund mit Benzin begossen und angezündet. Zwei Lehrlinge lekten den Hund eines Handelsmannes an sich, begossen ihn mit Benzin und zündeten ihn an. Passanten töteten das schwerverbrannte Tier und ermittelten gegen die Röhlinge Anzeige.

Waldenburg. Neue Grubenunfälle. Kürzlich ist das Tragseil der Schwebbahn, die Kohlen von Friedenshoffnung, Nieber-Hermsdorf, nach der Wäsche der Glückshilfsgrube befördert, gerissen. Glücklicherweise wurde niemand verletzt. Die Aufräumungsarbeiten erscheinen schwierig, da Tragegestelle im Schlammsteige, auf der Strecke usw. herumliegen. — Auf der Friedenshoffnunggrube in Nieder-Hermsdorf, in der 3. Abteilung, 5. Sohle, brach ein Pfeiler zusammen. Der Hauer Appelt und der Schlepper Jäschke, die dort beschäftigt waren, glaubte man verschüttet. Nach vierstündiger Aufräumungsarbeit gelang es, die beiden aus ihrer Zwangslage zu befreien, ohne daß sie Schaden genommen hätten.

Sirischberg. Straßengefecht zwischen Kommunisten und Stahlhelmläutern. Eine Abteilung des „Stahlhelm“, die sich auf dem Umzug durch die Stadt befand, wurde laut einer bürgerlichen Zeitungsmeldung von einer großen Menschenmenge unter der Führung von Kommunisten an-

gegriffen, mit Steinen beworfen und auseinander getrieben. Die Polizei mußte einzelne Stahlhelmläute befreien.

Waltz. Acht Tage tot in der Küche gelegen. Gestern wurde die 64 Jahre alte Frau Leutiger tot in der Küche aufgefunden. Der hinzugezogene Arzt stellte fest, daß bereits der Tod vor acht Tagen eingetreten sei, dann auch sei, dieser Zeit ist Frau Leutiger nicht mehr gesehen worden. Der Hauswirt, der die Fenster schließen wollte, schöpfe Verdacht, und fand auch die 64 Jahre alte Frau, hart in Verwesung übergegangen, vor. Sie war seit längerer Zeit herzleidend.

Sagan. Kommunisten-Angriff auf das Gefängnis. Wie die bürgerliche Presse meldet, versuchten Rote Frontkämpfer, die im hiesigen Gefängnis sitzenden Kommunisten zu befreien. Die Polizei trieb die Ansammlung mit Gummiknüppeln auseinander. Gegen weitere Ausschreitungen wurden besondere Polizeimaßnahmen angeordnet.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Neumarkt. Betrachtungen zum Volksentscheid. Mit einem gewaltigen Aufwand von Zug und Trug haben die Fürstentumsknechte nun doch erreicht, daß ein großer Teil der stimmberechtigten Personen in den Städten sowie Gemeinden des Kreises nicht an die Wahlurne ging. Wer zählt die Lügen zusammen, die, gut bezahlt, in den hiesigen zwei volksfeindlichen Blättern zu lesen waren, wer stellt die Kosten zusammen für Inserate und die Flut von Flugblättern gemeindefremden Inhalts? Zu den Willkür, die die beteiligten Fürsten den ihr untertanigen Parteien überweisen, leiten hiesige fürstendiner Sammelstellen in Umlauf, an der Spitze Destillateur Starostki, Kränzlein, Neumann (?) mit je 50 Mark. Die andersdenkenden Geschäftsleute und Kleinhandwerker waren damit erstens zum Zeichnen gezwungen, zweitens sogar auch gegen den Volksentscheid festgelegt. Dem Idealismus der Genossen stand der Terror der wirtschaftlich Stärkeren gegenüber, ein Terror, wie ihn noch keine Wahlkampf erlebt hat. Das gemeinste Mittel politischer Vergewaltigung wurde angewandt, damit eine auf Bildung und Geist Wert legende kleine Schicht zum Rechte kommen sollte. Die Zusammenziehung der Wahlvorkände ließ auch in unserer Stadt viel zu wünschen übrig, denn die Fürstentumsknechte hatten überwiegenden Anteil. In Zukunft, Herr Bürgermeister, etwas mehr Rücksicht auf die Parteien der Republik! Über einige örtliche Vorkommnisse an besonderer Stelle. — Im Landkreis war Terror an der Tagesordnung, was zur Folge hatte, daß in den Gemeinden (einschließlich Gut) Hausdorf, Zerschenhof, Ketzsch, Keulendorf, Michelsdorf, Biechau nicht eine Stimme für den Volksentscheid abgegeben wurde und in den Gemeinden (mit Gut) Kentwitz, Groß-Gohlau, Landau, Ohlendorf, Sablath, Jeserwitz, Kobernig, Schademwinkel ein bis drei Stimmen zur Abgabe gelangten. In Katsch übergab man den Landarbeitern, daß, wenn sie zur Wahl gingen, sie sofort auf die Straße fliegen würden. Inspektor Nischewich zu Radlau erklärte den Landarbeitern, daß er Bolschewisten usw. nicht mehr beschäftigen könnte. Gleicher Terror wird aus Nieder- und Ober-Stephansdorf und anderen

Gemeinden gemeldet. Der Landbund stand in Diensten Fürstentümer. Der Kampf ist zu Ende, aber jeder polnische Denker weiß, daß die Abrechnung kommt und folgt, wenn wertvollen Bevölkerung nicht der Stimmzettel kontrolliert werden kann, und rufen wir allen Kampfgenossen zu: „Auf, zu neuen Kämpfen!“

Neumarkt. Der Kampf mit dem Mafat. Bei da an der Mauer der evangelischen Schule in seiner Umkleekabine ein Mafat mit der bekannten Aufforderung „Volksentscheid am 20. Juni!“ Und der brave Gottesstrecker Pastor prim. Zippel, ergrimmte über diesen Frevel in selbigen Herzen. Er zog vom Leber, entblühte die Blige Klinge seines Taschenmessers und begann die für einen gefährlichen Herrn höchst unbequeme Arbeit des Abtragens. Der große Mafat gelang. Selig lächelnd, mit innerer Befriedigung verließ er den Schauplatz der „guten“ Tat; er hatte einem Feinde den Gnadenstoß gegeben, wenn auch der Gegner aus Palbestand. — Vielleicht geben unsere Genossen, welche noch teils veranlagt sind, mit sich zu Rate, wie sie Seiner Hochachtung am besten den Dank für sein energisches Einschreiten dem Mafat gegenüber abtaten können. Es wäre vielleicht der Wunsch aus der religiösen Gemeinschaft am ehesten zu empfehlen.

Der Terror in ländlichen Bezirken Schlesiens. In getrigen Ausgange muß es heißen in dem Artikel „Der Terror in ländlichen Bezirken Schlesiens“ auf der ersten Seite: ein Landarbeiter aus Klein-Sirichberg, und Obersteuermann Schrä aus Schlang. Der Landarbeiter ist Paul Richter aus Klein-Sirichberg.

Aus dem Kreise Nimptsch.

Die Hochwasserschäden im Kreise Nimptsch.

Die Hochwasserschäden im Kreise Nimptsch sind am Sonntag, den 18. Juni, unter Führung des Herrn Landrats Seib vom Herrn Regierungspräsidenten Jaenicke in Begleitung Herrn Vizepräsidenten Schwendy und Regierungsrat Landm befragt worden. An der Befragung haben noch teilgenommen von den Wirtschaftsvorständen Herr Erbhofbesitzer Köp und Kreisaustrahmitglied Winkler.

Befragt wurde Jordansmühl, der Dammbruch in Nagel und die Uberschwemmungen in Gunau, Kuhnau und Strach. Die Wassermassen waren leider in diesem Jahre noch größer im vergangenen Jahre. Der Herr Regierungspräsident erster als notwendig an, daß vor allem vorbeugende Maßnahmen getroffen werden müssen. Mit den Nachbarorten gemeinsam ist eine durchgreifende Regulierung der Wasserläufe bis zur Ober zu nehmen. Zu diesem Zwecke wird der Herr Regierungspräsident schon in den nächsten Tagen Radleute beauftragen, die Flußläufe zu besichtigen und einen großzügigen Regulierungsplan ausarbeiten. Die Durchführung wird allerdings in Rücksicht auf hohen Kosten erst in jahrelanger stückweiser Arbeit möglich sein. Was die Entschädigungsfrage anbetrifft, so kann dazu erst Stellung genommen werden, wenn die Gemeinden und Gutsbezirke die Schäden festgestellt und die Aufsichtsbehörde das Material beurteilt hat. Es wird nochmals dringend ersucht, die Aufnahmen der Wasserschäden und die Einfindung des Materials bis zum genannten Termin vorzunehmen.

Täglich bis 27. Juni, von nachm. 2 Uhr bis 1 Uhr nachts, das Fest der schlesischen Heimat, das Breslauer

Johannistag

mit Alt-Breslau * gegenüber der Jahrhunderthalle

Heute: Leichtathletik-Verband: 6—8 Uhr: Leichtathletische Wettkämpfe.

Morgen Donnerstag: Elitetag, die größte Genation des Festes.

6—8 Uhr: Reitervorführungen des Akadem. Reitervereins. :: Am Donnerstag, d. 24. Juni: Große Filmaufnahmen des gesamten Festplatzes und der Besucher. Vorführung dieses Films auf dem Fest-Sportplatz Sonnabend und Sonntag. Jeder sieht sich selbst im Film.

Riesenprachfeuerwerk

ausgeführt von den weltberühmten Meistern der Pyrotechnik der Firma „Sirius“-Wien.

Freitag: Großer Kindertag.

Die schönsten Mädchen und Knaben, sowie die originellsten Kinder-Kostüme werden prämiert.

Ein Auto und vieles andere für 20 Pf. Kaufen Sie die Lose der Sportlotterie auf dem Festplatz.

Eintrittspreise: Erwachsene 30 Pf., Kinder 10 Pf. An Sonn- und Elitetagen Erwachsene 50 Pf., Kinder 20 Pf. — Auswärtige wollen die Fahrtvergünstigungen der Reichsbahn während des Johannistages benutzen

Unerwartet entriß mir der Tod am 22. Juni, nachts 2 Uhr, meinen lieben Mann, unseren guten Vater, Schwiegervater, Schwager und Onkel, den

Katscher

Josef Schlesinger

im Alter von 58 Jahren.

Dies zeigt schmerzerfüllt an

Die trauernde Gattin

Rosina Schlesinger, geb. Arndt

nebst Angehörigen.

Beerdigung: Sonnabend, den 26. Juni, nachmittags 3^{1/2} Uhr von der Leichenhalle des Kommunalfriedhofes in Cosel aus.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die herrlichen Kreuzspenden beim Hinscheiden meiner lieben unvergesslichen Verstorbenen sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten, sowie den Mietern des Hauses Bergstraße 13 herzlichen Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Haak für seine trostreichen Worte am Grabe.

Karl Ramfeld.

H. del. Walter Krause

Fabrikant für Maschinen- und Elektrowerkzeuge

BRUNNEN- und Elektrowerkzeuge

BRESLAU 7, Salvatorplatz 3/4

Telefon: 1124 — Spezial: 10—12/11, 3—6.

Bei allen Kleinbestellungen zugewandt.

Potemkin Film

Die nackte Wahrheit über russische Verhältnisse

Die Dittmann Broschüre

Die nackte Wahrheit über deutsche Verhältnisse

Man muß beides kennen!

Nur noch wenige Exemplare à 1.00 Mk. in den Volkswachtbuchhandlungen Neue Granzstr. 5, Neue Taschenstr. 5. Auswärts 1.80 Mk. gegen Vorauszahlung.

Zigarren — Zigaretten — Tabake

H. Kühnel, Breslau

Michaelisstr. 60 • Alsenstr. 28, Ecke Anderssensstr.

Wiederholentlich erhalten hohe Rabatte.

Ruba Seife

ist eine in vielen Jahrzehnten vervollkommnete Seife von ganz außerordentlicher Waschkraft. Sie wäscht in warmem und kaltem Wasser mit gleich gutem Erfolg u. verleiht der Wäsche einen frischen, angenehmen Geruch. Sie ist unbedingt auch für Ihre Wäsche

Hersteller: RUBA-WERKE RUDOLPH BALHORN G.M.B.H. — BRESLAU —

Genossen deckt Euren Bedarf bei unseren Insoronten!

Möbel auch auf Kredit Billigste Preise J. Günzburger Albrechtstr. 14 12904

Urania

12 Monatshefte und 4 Bücher Des Propheten Rosmos Zu beziehen durch die Geschäftsstelle d. Zeitung u. die Buchhandlungen

In der „Volkswacht“ haben Stellen-Angebote infolge ihrer großen Bekanntheit in Arbeiterkreisen besten Erfolg

Unterhaltung

Die Stimme der Stummen.

Erzählung von Hans Brand.

Als die erst wenige Jahrzehnte zuvor neu aufgebaute Pflanzung wohl sie seit altersher für uneinnehmbar galt, aus der Ferne ein Laies von einer der damals gerade aufkommenden Donnerstagen zusammengekommen und während vor der alten klümmerten Burg feindliche Nachbarn oft monatelang vergeblich lagen, ein paar Tagen von den kaiserlichen Truppen, welche ausgeschickt waren, das Land von den Raubrittern zu säubern, erbeutet wurde, erreichte auch den letzten Burgherrn, Graf Heribert, in Schicksal. Er, dem die Frau und das einzige Kind, ein Junge, bereits vor Jahren gestorben waren, wurde dazu verurteilt, an einem Ast der Eiche aufzuhängen zu werden, die an dem Kreuzweg im Tale stand, der sich für die Herren von der Pflanzung seit Jahrhunderten als besonders ertragreich bei der ritterlichen Gewinnung ihrer Einkünfte erwiesen hatte. Als Graf Heribert, der weniger seine, als die Sünden seiner Väter zu büßen hätte, den Fuß auf die unterste Stufe der Leiter setzte, die ihn für die letzten Schritte auf seinem Lebenswege dienlich sein sollte, beleuerte er — mehr sich selber als den Umstehenden — alles Männerumfeld, das sich um ihn scharte, um die Weibchen im Mitleid beschwächen zu lassen. Da er den Zweifel der Umstehenden gewahrte, zeigte er mit der Rechten zu der zerstörten Burg seiner Väter hinauf und schrie den Klugläubigen ins Gesicht: Die Pflanzung stünde noch und würde auch in hundert mal hundert Jahren von keinem Feind eingenommen werden sein, wenn er, statt auf dem schiefen Ast seiner weismütigen Frau auf dem hängenden Sockel seines Mannesherzens gehängt hätte. Dem Drängen der Feiglinge nachzugeben, von denen einer der Nächstherrschenden Miene machte, ihn, damit er nicht mit seinem Geheimnis ins Jenseits schlüpfte, mit den Fäusten anzupacken und festzuhalten, antwortete er — ein paar Stufen höher steigend und sich dadurch in diesem Augenblick noch eine Art Freiheit rettend — mit einem einzigen grimmigen Satz und mit einer noch grimmigeren Geste. Es lohne nicht, dem neuen Geschlecht, das aus der Ferne mit hinterhältigen Mordmaschinen kämpfte, statt mit ehrlichen Ritterkriegen von Angesicht zu Angesicht die Kräfte an den Kräften des Gegners zu messen, von den aktiveren Bräutern der Väter zu sprechen — so lautete der Satz, der die letzten verächtlichen Worte Heriberts von der Pflanzung umschloß. Die Tat der Verachtung aber bestand darin, daß er die noch schwebenden Stufen der Leiter hinaufstieg, diese höhnisch d. h. Wütenden in die Gegend schrie, ehe er sich wieder aufrichtete und ihm in den Baumstumpf folgen konnte, sich die wartende Schlinge mit eigener Hand um den Hals legte und — beherzt, wie er gelebt hatte — mit beiden Beinen ins Bodenlose sprang.

Um das, wovon Heribert, der letzte Burgherr auf der Pflanzung, nicht zu seinen Ueberwindern sprechen wollte, verhielt es sich aber folgendermaßen:

Bekanntlich war im Mittelalter auch in Deutschland der Glaube weit verbreitet, eine Burg könne nur dann niemals vom Feinde erobert werden, wenn in ihr Fundament beim Bau ein lebendes Kind, das noch kein verständliches Wort sprechen könne, eingemauert würde. So sollte auch, als Heribert von der Pflanzung an Stelle der verwitterten alten Hauptburg einen neuen burgbau aufzuführen begann, in das Grundgemäuer ein kleines Kind — der Sittlichkeit gemäß in einem Kasten, in den man als Wegführung, mitleidsroh, zwei Weiden, für jedes Händchen einen, hinlegte — eingefügt und dem Aberglauben der Zeit geopfert werden. Daß die Gräfin Adelheid von der Pflanzung ihr erstgeborenes, damals halbjähriges Söhnchen zu dem Opfer — das noch den Messern zugute kommen sollte! — nicht hergab, war natürlich selbstverständlich. Aber während in früheren Zeiten die Burgherren nicht viel zu fadeln und zu fragen pflegten, sondern ihren Dienstleuten einfach fornahmen, was sie an totem und lebendem Inventar — und mehr als ein Stück ihres Inventars bedeutete für sie ein Dienstmännchen nicht — zu irgendwelchen Zwecken brauchten, war im Wandel der Zeiten der Herrnglaube selbst der Pflanzung ein wenig fies geworden, so daß Graf Heribert, auf Witten seiner Frau, die an der Wiege ihres Jungen das Schicksal der kinderraubenden Mutter bedacht haben möchte, sich schließlich dazu verstand, in allen Dörfern, die rundum zu Füßen der Pflanzung lagen, bekanntzumachen, daß, wer ihm sein Kind zu dem Zweck der Einmauerung hergäbe, dreihundert flüchtige Goldgulden erhalten solle. Lange Zeit fand sich, trotz der riesigen Summe Geldes, keine Mutter, die bereit war, ihr unmündiges Kindlein dem Tod zu verkaufen. Schon wollte der Graf zu dem vielbewährten Brauch seiner Väter, ohne Begabung zu nehmen, wessen er bedurfte, auch in diesem Falle zurückkehren, als eine arme Witwe aus dem benachbarten Dreiershausen erschien und ihm ihr vierjähriges, taubstummes Mädchen zu der Einmauerung anbot. Graf Heribert, mißtrauisch, wie er in allen Dingen war, glaubte anfangs, die Mutter möchte, um des gleichenden Goldes halber, sich zu verkaufen, das Kind zu seiner Stummheit nur abgerichtet haben und bebog deswegen, ehe er den Handel abschloß, eine zweiwöchentliche Prüfungszeit aus. Aber alle Proben, auf die er das von der Mutter getrennte Mädchen stellte, erwiesen untrüglich, daß es weder höre noch irgendeines menschlichen Wortes mächtig wäre und mithin der Grundforderung des alten Brauches genüge. So ließ denn Heribert von der Pflanzung die Dreiershäuser Mutter rufen, zahlte ihr Rest der ausgedienten dreihundert Gulden zweihundert — den Rest sollte sie erhalten, wenn die Opferung vollbracht war —; die ins Stöden geratene Zuschauung zur Fundamentierung der Pflanzung wurde wieder aufgenommen und alles für die Fester der Einmauerung vorbereitet.

Als die Stunde der Opferung kam, hatte sich viel Volk auf der Spitze des Burgbergs eingefunden. Denn daß ein vierjähriges Kind, also eines, das, trotz seiner Stummheit, doch irgendwie begreifen mußte, was mit ihm geschah, eingemauert wurde, war hundert Meilen in der Runde noch nicht geschehen. Das Kind, ein lauchfarbiges Mädchen, sah, als es an der Hand einer Waise, die ihm mehrmals verstoßen mit der freien Linken übers Haupt hinglitt, auf das wartende Volk zum, mit verwunderten Augen umher und suchte nach seiner Mutter. Die hatte zwar das Gebot des Grafen, sich zu dieser Stunde nicht auf der Pflanzung zu lassen, für nichts geachtet hielt sich aber unter dem Volk sorgsam verborgen, daß das Mädchen vergeblich nach der, die es geboren hatte, ausschaute. Wie es nun so mit fragenden Augen von einem zum andern blickte, bald den Grafen und sein Gefolge, bald die harrende Menge, die wartenden Mauerer und seine plötzlich aufstehende Begleiterin an, die es in den beiden Wochen, da sie es pflegte, liebgewonnen hatte, und sich, ohne daß jemand es gewahrte, alle erdenkliche fruchtlos geliebene Miene gegeben hatte, die Stimme wenigstens das eine Wort Mutter zu lehren und es dadurch vor dem Tode zu retten: da entzündete sich in der Seele des Kindes die Flamme der Angst und schlug mit der schmerzvollen Stummheit des Nicht-Wortes-Findens über ihm zusammen. Schon wollte auf den Wink des Meisters, der gleich den allermeisten des Volkes das Ungeheuer gehört hatte und der Qual schnell ein Ende zu machen gedachte, der vorher dazu bestimmte Mordtrichter, ein halberblindeter Keel, zu greifen, das Kind packen und in den sorgsam bereiteten Ritzsarg — in dem die beiden Weiden nicht vergessen waren! — hineingewängen, als Heribert von der Pflanzung der Lösung des Ritzsargs erlag. Er trat zwischen den Mordtrichter und das Kind, und um allen umherliegenden zu beweisen, daß auch diesmal der Glaube voll und ganz gelte, daß das Mädchen trotz seiner vier

Jahre noch kein Wort sprechen könne, fragte er die Zitternde, die mit den Augen ihrer Seele an seinen Lippen hing: „Was ist weicher als ein Sammetkissen? Gib Antwort und du hast dein Leben gerettet!“ Sei es nun, daß die Angst dem Mädchen Kräfte gab, die es bis auf diese Stunde noch nicht besaß, sei es, daß Gott ein Wunder an ihm tat: da antwortete die todgeweihte Stummie dem Grafen, antwortete so laut und so klar, daß jede Silbe bis in die letzten Reihen des Volkes zu vernehmen war: „Der Mutter Brust ist weicher als ein Sammetkissen“, und sogleich, ehe der Graf vor Staunen wieder zu sich kam, fuhr das Mädchen fort: „Aber der Mutter Herz war härter als ein Stein.“ Dieser Aussage gab aus der hintersten Reihe der Menge, von der einige bemühtstumm auf die Erde niedergelutet waren, andere verzückt Gesichter und Hände gen Himmel warfen, der Schrei eines Weibes: Antwort und „Mutter! Mutter!“ antwortete die von ihrer Stummheit Erlöste diesem Antwortschrei. Durch die Gasse, die sich in der Volksmenge im Nu gebildet hatte, führte die Ausrufende, mark dem von der Pflanzung die 200 Goldgulden vor die Füße, rief das Kind an sich, überschüttete es mit Küßen, nahm es bei der Hand und ging mit ihm, ohne daß einer aus der gräßlichen Schar Miene machte, es zu verhindern, nach Dreiershausen hinab.

So hat Graf Heribert die Pflanzung aufgebaut, ohne daß ein Kind in das Fundament eingemauert wurde und dadurch — seiner Meinung nach — die Möglichkeit ihres Falles, den Untergang seines Geschlechtes und sein eigenes Ende in der Kreuzweg-Eiche verschuldet, an der die von der Pflanzung bisher nur hatten aufgehängt lassen.

Der Aufreißer.

Er ist nur einer aus den dunklen Massen, doch seine Sendung hat ihn jäh erhöht, und seine Worte gellen durch die Gassen, als wäre er schon immer ihr Prophet.

Er spricht nicht viel. Es sind die kleinen Worte, die ihrer Armut begeben sind, doch jedes wächst und wird zu einer Pforte und steigt sich hoch, als sei es Sturm und Wind.

Und wird Orkan! Und braust durch ihre Mauern, als trüg' es alle ihr Sehnsucht mit.

Die Frauen werden schön. Die Kinder kauern. Die Männer heben sich. Dumpf hallt ihr Schritt!

Rurt Kläber.

Der große Belletrist.

Chinesische Geschichte von Tschu-Lu-Hin-an.

Deutsch von B. Halpein.

Als Sing-Tschu-Kan seinen Vater und seine Mutter verloren hatte, zählte er sieben Jahre, — das einzige, was er zählen konnte, denn man hatte ihm nichts gelehrt. Das arme Kind besaß sich eines bösen Tages inmitten des Menschenstromes ohne andere Mittel, als die Sonne, um sich zu wärmen, und die Hände, um Almosen zu bitten oder fremdes Gut zu fesseln. Aber sein schüchtern Charakter und vielleicht auch die angeborenen Hemmungen hielten ihn davon ab, das Mittel zu ergreifen, das ihm gerade zu Gebote stand, und so, des ziellosen Herumwanderns in den Straßen Pekings überdrüssig, legte er sich vor einem Haus vor nieder, bereit, in Ergebenheit zu sterben — oder damit die Vorkehrung mit seiner traurigen Lage Mitleid empfinden und ihm Rettung bringe.

In dem Augenblick, da sich seine Augen unter Einwirkung der Hitze und der körperlichen Schwäche schlossen, fiel ihm ein Mann, der ins Haus treten wollte, damit er den Eingang freimache. Sing-Tschu-Kan erhob sich und blickte auf den Neuankommenden mit stummem Flehen in den Augen.

„Was machst du da?“ fragte ihn der Mann.
„Du siehst ja, — ich ruhe aus.“
„Warum gehst du nicht nach Hause?“
„Ich habe keines.“
„Und deine Eltern?“
„Sind tot.“
„Hast du keine Verwandten?“
„Wenn ich vielleicht welche habe, so kenne ich sie nicht, und sie mich auch nicht; jedenfalls kümmern sie sich nicht um mich.“
„Du bist also verlassen?“
„Gänzlich.“

Der Mann überlegte und sagte:
„Tritt in mein Haus. Es wird sich für dich eine Handvoll Reis finden, um deinen Hunger zu stillen.“

Sing-Tschu-Kan gehorchte.

Der Mann, der ihm so großmütig seine Gastfreundschaft angeboten hatte, war niemand anderes, als der berühmte Bucherer Sun-Yat-Sen, die fürchterliche Geißel der chinesischen Jugend, der er Geld gegen Zinsen von hundert und mehr Prozent ließ.

Sun-Yat-Sen hatte auch den unglücklichen Sing-Tschu-Kan nur aufgenommen, um ihn später auszubeuten, lehrte ihn aber das Lesen und das Schreiben, um von ihm später umso größeren Vorteil ziehen zu können. Und der Knabe, der artig und gelehrig war, unterzog sich freiwillig der Qual des Schreibens (und es gibt in China keine größere, die einen treffen könnte), stieg alle Tage den Wagen mit Reis und Kräutern und nächtigte im Garten unter einem Korbgeleht, wo er nur mit einem Auge schlafen durfte, denn mit dem anderen mußte er die Kartenzüge seines Herrn hüten, das heißt in der Nacht niemand sehen.

Mit sechzehn Jahren wählte Sing-Tschu-Kan Sun-Yat-Sen als sein Herr und Lehrer und Sun-Yat-Sen war von seinem Schüler entzückt und glaubte, bei ihm das beste seiner erfolgreichsten Gehilfen gemacht zu haben.

Sing-Tschu-Kan las täglich alle Zeitungen Chinas und erwarb sich auf diese Weise ein solches Wissen, wie es damals noch unbekannt ist, daß die chinesische Pflanzung die beste im Welt ist, obwohl die Nordamerikaner bestreben, wieder von der Pflanzung zu kauen. Und nun trat in einem Augenblick ein Ereignis ein, das sich als das Schicksal des Mannes darstellte, der die Pflanzung zerstören sollte.

Und eines Tages verließ er seinen Herrn und sein Haus und schreite, wie ein wilder Mann, in die Welt hinaus, um sich zu befreien. Und während er sich auf dem Wege befand, wurde er von einem gewöhnlichen Handwerker und einem anderen, der sich mit demselben Namen nannte, getroffen. Der Handwerker nannte sich Sun-Yat-Sen und der andere Sun-Yat-Sen. Sie waren beide von demselben Namen und mit seiner Arbeit sehr glücklich.

Fast, daß er das Produkt seines Geistes Sun-Yat-Sen gelehrt hätte, — doch die Erwägung, daß der Lohn seiner schlaflosen Nächte ganz einfach Brägel sein könnte, weil er die Zeit für sich verwendet hatte, bewog ihn zu weiser Zurückhaltung, und er wartete auf die Gelegenheit, etwas Geld zu erlangen, um sein Geisteserzeugnis herausgeben zu können.

Durch größte Entbehrenungen und besondere Geschicklichkeit gelang es ihm, die Summe aufzubringen, die für den Druck seines Buches und farbiger Kellameplatate notwendig war. Und auf den Plakaten war zu lesen:

„Soeben erscheint der interessanteste Roman aller Zeiten, der Prachtroman „Der Mandarin und die Courtisane“, eine lebenswahre und zugleich symbolische Geschichte, dessen handelnde Personen die anderen, die wirklichen, maskiert zeigen — und die kennt ganz China — so, daß es dem Scharfsinn des Lesers mit wenig Mühe gelingen wird, sie zu entlarven. Nichts ist bisher in Asien, Afrika und Amerika, in Australien und Europa verfaßt worden, das diesem Roman nur annähernd gleichkommt. Von den zehntausend Exemplaren, in denen die erste Auflage erschienen ist, sind ausgerechnet neuntausend einhundertundfünfzig bereits verkauft worden. Beweist Euch, die restlichen Exemplare zu erwerben, zumal der Autor den festen Willen kundgetan hat, eine zweite Auflage dieses einzigartigen Buches nicht zuzulassen. Denn der Autor ruht nicht Tag und Nacht und arbeitet, von beispiellosem Erfolge ermutigt, an einem neuen Roman, der den suggestiven Titel führen wird: „Das Blutgerüst“ oder „Die Geschlachten für anderer Schuld.“

In vier Tagen blieb kein einziges Exemplar des Buches „Der Mandarin und die Courtisane“ bei den Verkaufsstellen oder in der Expedition zurück und Sing-Tschu-Kan sah, daß das lesende Publikum selbst ihm jenen Weg vorzeichnete, den er von nun an einzuschlagen hatte. Und so hat er auch ohne weiteres Schwanken die schauerliche Geschichte „Das Blutgerüst“ oder „Die Geschlachten für anderer Schuld“ in wenigen Tagen entworfen und in Druck gegeben.

Wohl haben literarische Beurteiler vernichtende Kritik an den Romanen Sing-Tschu-Kans geübt, aber er ließ sich deshalb nicht einschüchtern und verteilte sich vielmehr auf die Massen-erzeugung solcher belletristischen Schundes mit den dazu gehörigen farbigen Kellameplataten, die immer seltsamer ausahen, und gelangte bald zu solch hohem Grade von Berühmtheit, daß selbst Sun-Yat-Sen, der immer in seinen Geschäften vertieft war, sich zu Gemüt führte, daß er in seinem Hause das wunderbarste Gentle Chinas habe.

Denn ganz China las gierig seine Romane und sie wurden sogar in alle europäischen Sprachen überetzt und der weißen Rasse vorgelegt.

„Aber wie ist es möglich?“ fragte staunend Sun-Yat-Sen.
„Du siehst ja!“ antwortete kurz der Dichter.

„Da du nun reich bist,“ verkündete ihm der Weizhals, „erweile ich dir die große Ehre und nehme dich zu meinem Kompanion auf.“

„Danke!“ erwiderte Sing-Tschu-Kan. „Mir genügt der Ertrag von meiner Feder ... und ich will nicht, daß er in deine Hände gelangt.“

„Nun sehe ich, daß du schlau bist!“ rief Sun-Yat-Sen aus.
„Und ob ich es bin!“ lächelte verschmigt Sing-Tschu-Kan.
„Wie hätte ich mich sonst auf Kosten der Dummen zu Namen und Vermögen gebracht?“

Matrosenaufstände.

Durch das Abrollen des Potemkintfilms in Breslau, nach mehr aber durch die Verordnung des Reichswehrministeriums, die den Angehörigen des Reichsheeres und der Marine den Besuch dieser Filmvorstellungen verbietet, ist das Interesse auch an den Vorgängen in der deutschen Marine während und besonders am Ende des Krieges wieder erneut rege geworden; ähnlich ja doch der Aufstand auf dem russischen Panzerkreuzer der auf unferen Kriegsschiffen im Jahre 1916 stattgefundenen „Meuterei“ in allen Stufen. Nur wurden die russischen „Kadetsführer“ nicht erschossen, wie geplant war, sondern sie brachten mit dem Rufe: „Brüder, zu uns, man will uns morden!“, die ganze Besatzung auf ihre Seite. Von den Kriegsgewinnern und denen, die es gern wieder werden möchten, kann man täglich die unfähigsten Bestimmungen der deutschen Matrosen hören, weil diese nach der Ansicht unserer Panzerplattenpatroillen die Schuld an der deutschen Niederlage haben sollen, indem sie zuletzt den Gehorsam verweigerten.

Mit der deutschen Kriegsmarine ist es so gekommen, wie es die Sozialdemokratie und ihre Staatsreiner jahrelang vorher ausgesagt haben. Unsere wahrlich nicht geringen Seestreikräfte haben den ganzen Krieg über bis auf ein einziges Mal (und auch diese Opfer waren völlig zwecklos) keinen ernsthaften Schlag gegen den Feind führen können. Die Admiralität ist ja wohl auch von der Ohnmacht der Flotte überzeugt gewesen, denn sie hat sich nach dem Treffen von Stogerral völlig passiv verhalten. Wäre es möglich gewesen, die Operationen der Flotte durch das Einsetzen unserer Flotte ernstlich zu beeinflussen, dann wäre dieses lange Passivbleiben eine große Feigheit und ein schweres Verbrechen gegen unser Land gewesen. Eine solche Möglichkeit hat aber bei dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden und der strategischen Lage sicher nicht bestanden. Die Flotte des Alten Reichs, wo eine kleine, tapfere, disziplinierte und gutgeführte Truppe den Sieg über eine doppelt so starke erringen konnte, sind für immer vorüber. Bei der heutigen Massentätigkeit gilt der Grundsatz: „Die Masse kommt ihr nur durch Masse zwingen.“

Der bei Kriegsende geplant gewesene endliche Vorstoß unserer Flotte hätte nur dann einen Sinn gehabt, wenn der Sieg zu Lande für beide Kämpfergruppen noch zweifelhaft gewesen wäre. Unsere Niederlage war aber damals schon besiegelt, das Massenfallschirmschiff hat sich hinaus, jede weiteren Operationen hätten also nur zu einer Verlängerung des Krieges und zur Vermehrung der Opfer und damit zur Vergrößerung unseres Glanzes geführt.

Daß übrigens England auch keine verüberragende Niederlage zu See hätte tadellos hinnehmen können, das hat der Hamburger Reedereidirektor Albert Balken schon am 1. Oktober 1914 an den Großadmiral von Tirpitz geschrieben. Die betreffende Briefstelle lautet:

„Wir haben uns mit der Vorbereitung des Friedens zu beschäftigen. Glauben Sie, verehrte Excellenz, daß es eine richtige Vorbereitung des Friedens wäre, wenn es der deutschen Flotte gelang, den englischen Flotte eine heftige Schlappe zu verpassen? Das wäre ein trüger Glaube. Wenn es England auf dem Meere gelingt, die deutsche Flotte zu vernichten, dann müßten wir kampfen bis auf den letzten Mann und auf den letzten Brocken. Das heißt in der Natur der Sache. Das muß aber bei jeder Flotte der Fall sein, die sich mit dem Gedanken an die Vernichtung der eigenen Flotte beschäftigt.“

